

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Gris Nitzsche, Berlin.
Verleger: Emil Strauß 4196/4198



Verleger für Verlag und Geschäftsstelle:
Berlin O 201, Behl. - Strasse - Post 6
Verleger: Copeland

Die Verfassung ist im Einklang.
Der Staat ist ein auf Grund der Verfassung gebildet. Die Verfassung ist ein
von dem Staat, das die Verfassung ist ein Einklang ist ein Einklang.

Berlin, den 19. Jan. 1933.

Int. Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

Klarheit tut not!

SPD. Am Freitag findet im Reichstag eine Sitzung des Ältestenrats statt. Verhandlungsgegenstand ist die Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung des Plenums. Dabei ist stillschweigende Voraussetzung, dass an der Entscheidung des Ältestenrats vom 4. Januar, nach der der Reichstag auf den 24. Januar einberufen werden soll, festgehalten wird. Indessen melden sich immer wieder Zweifel, ob nicht am Ende doch noch wieder neue Vertagungsanträge kommen und eine Mehrheit finden, und diese Ungewissheit hat ihre guten Gründe.

Es ist in den letzten Tagen unendlich viel hin und her verhandelt worden. Schleicher, Papen, Hitler, Hugenberg, Strasser - um nur die Prominentesten der Fädenspinner zu nennen - waren eifrig am Werk. Aber es stand für all diese Kuhhandeleien verhältnismässig wenig Zeit zur Verfügung und irgend ein greifbares Ergebnis scheint bisher nicht herausgekommen zu sein. Eine neue Vertagung des Parlaments würde den Spielraum für die Fortsetzung der Mächeleien hinter den Kulissen erweitern.

Es ist auch keineswegs sicher, ob der Reichskanzler von Schleicher heute noch ebenso wie vor zwei, drei Wochen den Wunsch nach einer schnellen Klärung der Situation vor versammeltem Reichstag hegt. Man könnte sich jedenfalls vorstellen, dass auch er noch Zeit gewinnen möchte, nachdem sein Vertrauen in den Erfolg der sogenannten Strasser-Lösung ins Wanken geraten ist.

Und die Nationalsocialisten? Nun, es wird ihnen nichts ausmachen, nochmal ihre eigenen Worte zu fressen. Sie haben solange gegen Schleicher gedonnert, ohne ihre drohenden Ankündigungen wahr zu machen, dass sie die Fortsetzung dieser Komödie keine grosse Ueberwindung kosten würde. Ausserdem können sie sich darauf berufen, dass sie ja auch am 4. Januar nicht für den 24. gestimmt haben.

Nur wäre es ihnen sehr lieb, wenn die Initiative zu der neuen Verschleppung von einer anderen Partei ausgehen würde. Sie möchten sich gern vergewaltigen lassen. Aber bei den anderen Parteien - es kommen natürlich nur die bürgerlichen in Betracht - bestehen dieselben Bedenken. Keine möchte das heisse Eisen anfassen, jede fürchtet die Kritik der Öffentlichkeit.

Ueber die Stellung, die die Sozialdemokratie einnehmen wird, braucht kein Wort verloren zu werden: sie hält am 24. Januar fest, sie verlangt die Erklärung der Reichsregierung mit nachfolgender Debatte, an die sich die Abstimmung über die Misstrauensvoten anschliesst. Sie hält es für dringend notwendig, dass wir endlich aus dem gefährlichen Halbdunkel herauskommen, in dem alle möglichen unverantwortlichen Elemente ihr Wesen treiben können. Die Parteien sollen in aller Offenheit erklären, wie sie zudem Kabinett Schleicher und seiner Politik stehen. Das zu wissen hat die gesamte Wählerschaft ein Recht.

Die Sozialdemokratie vermag sich auch denen nicht anzuschliessen, die

mit Rücksicht auf die Wirtschaft eine Entscheidung der Auflösung und Neuwahlen folgen können, immer weiter hinausschieben wollen. Ein Zustand, in dem niemand weiss, wer morgen oder übermorgen die Richtlinien der Politik bestimmen wird, ist für die Wirtschaft noch unerträglicher als eine neue Wahlkampagne.

Aber setzen wir einmal den Fall, der Reichstag träte an dem vorgesehenen Termin zusammen - auch dann gibt es noch verschiedene Möglichkeiten. So wird z.B. von der "Kölnischen Volkszeitung" der Gedanke eines Ermächtigungsgesetzes für die Regierung in die Debatte geworfen. Das hiesse eine Selbstvertagung, oder man kann auch sagen eine Selbstausschaltung des Reichstags für eine bestimmte Zeit. Warum ein solcher Weg eingeschlagen werden soll, und warum ihn gerade ein Organ des Zentrums anregt, ist nicht sehr klar. Gibt es im Parlament eine Zweidrittelmehrheit für ein Ermächtigungsgesetz, so gibt es erst recht eine einfache Mehrheit für Ablehnung der Misstrauensvoten. Dass das Zentrum aber diesen Vorschlag im Interesse eines Kabinetts macht, das das des Herrn von Schleicher ablösen könnte, ist deshalb kaum anzunehmen, weil die neue Regierung ihm wahrscheinlich weit weniger genehm sein würde als die gegenwärtige. An der Schaffung der Voraussetzungen für ihre Bildung arbeiten ja diejenigen Kreise, die wie Hitler, Hugenberg und Papen die Harzburger Front wiederherstellen möchten. Sie begründen ihre Bemühungen zwar auch mit dem Wunsch, einen Wahlkampf zu vermeiden, aber wirkliches Ziel ist, der Reaktion schwarze Färbung in den Sattel zu verhelfen.

Und endlich die dritte Möglichkeit: Schleicher löst auf, lässt aber in der verfassungsmässigen Frist nicht neuwählen. Auch davon wird wieder gemunkelt. Wir wären ohne weiteres geneigt, dieses Gerücht als unsinnig abzutun, wenn wir nicht wüssten, dass der Reichskanzler schon bei seinem Amtsantritt mit ähnlichen Gedanken gespielt hat. Daher sind wir genötigt, die Stimme der lebhaftesten Warnung und des heftigsten Protestes gegen einen Schritt zu erheben, der nichts anderes wäre als ein klarer und vollendeter Verfassungsbruch. In dem einen Punkte unterschied sich doch bisher der gegenwärtige Reichskanzler von seinem Vorgänger: er suchte eine offene Provokation der Arbeiterschaft zu vermeiden. Sollte er, um sich zu retten, von dieser Linie abweichen, so würde er einen Sturm entfesseln, der von allem anderen abgesehen, jeden Ansatz zu einer Besserung der Wirtschaftslage zerstören müsste.

Aber wie dem auch sei - auf alle Fälle ist baldige Klarheit über das was ist und das was werden soll, dringend not.

SPD. Genf, 19. Januar (Eig. Drahtb)

An der schweizerisch-italienischen Grenze, zwischen Maggia und Wall Antigorio, sind acht italienische Schmuggler von einem Schneesturm überrascht und verschüttet worden. Zwei Hilfskolonnen sind zurückgekehrt, ohne eine Spur der Verunglückten entdeckt zu haben.

SPD. Je stärker der Krach in der Nazi-Partei und je mehr sich die SA zersetzt, desto stärker die Versuche der Hitler, Goebbels, Röhm und Ley den unzufriedenen Helden des Dritten Reiches eine ablenkende Beschäftigung zu geben.

Das begann in der Neujahrnacht mit drei Mordtaten in Berlin, verbreitete sich über zahllose Städte und zurzeit werden Nacht für Nacht linksstehende Arbeiter überfallen, gegnerische Versammlungen gesprengt und politische Gegner niedergemacht. Die Ablenkungsdosis scheint jedoch noch nicht genügend stark zu sein und den Zweck noch nicht erreicht zu haben. Die Berliner Nazi-

partei ist deshalb für den nächsten Sonntag zu einer Demonstration aufgerufen.

Die SA hat den Befehl erhalten, auf dem Bülowplatz anzutreten, "Front nach dem Karl-Liebknecht-Haus".

Dieses Haus, mitten in einem Berliner Arbeiterviertel, ist der Sitz und die Zentrale der Kommunistischen Partei. Vor dieses Haus die SA-Stürme aufzustellen, ist eine Provokation, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann. Es ist nach allen Erfahrungen auch kein Zweifel, dass die Kommunisten ihr Parteihaus und dessen Einrichtung besorgt sein müssen. Deshalb hatte die KPD Berlins ihrerseits für diesen Sonntag ihre Anhänger zu einer Demonstration vor dem Liebknecht-Haus aufgerufen, mit dem Zweck, den Platz vor der Ankunft der SA zu besetzen.

Was hätte eine um Ruhe und Ordnung besorgte Staatsautorität in diesem Falle getan? Sie hätte beide zur gleichen Stunde angesagte Demonstrationen verboten, und vor allem die Herausforderung der Kommunisten durch die Nazis unmöglich gemacht. Was tut aber das System Schleicher-Bracht? Der Berliner Polizeipräsident Melcher hat die kommunistische Demonstration verboten, die der Nazis erlaubt. Die SA wird also am Sonntag ihre Provokation durchführen können und das in einer Zeit gefährlichster politischer Spannung. Wie diese Provokation anfängt wissen wir. Wie sie enden wird, steht dahin! Sind vielleicht ausser Herrn Hitler auch die Männer des neuen Systems und der Ordnung bereits so am Ende ihres Lateins, dass auch ihnen Arbeiterblut und eine kleine Bürgerschlacht gut genug wären, das heillose Durcheinander im nationalen Lager zu überwinden?

Die Sozialdemokratie warnt. Das Ende könnte vielleicht anders aussehen als sich Hitler und Bracht ausdenken.

SPD. Köln, 19. Januar (Eig. Drahtb.)
Der Streik der 640 Arbeiter und Arbeiterinnen bei den Radium-Gummi-Werken in Köln-Delbrück ist beendet. Die Arbeit wird am Freitag wieder aufgenommen.

Dem Fabrikarbeiterverband ist es gelungen, die von der Firma diktierten Akkordsätze zu durchlöchern und für einzelne Gruppen zu erhöhen. Die alten Urlaubsrechte bleiben bestehen. Massregelungen dürfen nicht vorgenommen werden.

SPD. Warschau, 19. Januar (Eig. Drahtb.)
Am Freitag liess die Pilsudski-Regierung vor dem Sejm mehrere Tanks und Panzerautos vorfahren. Der Haushaltsausschuss des Sejm sollte sich von der Tüchtigkeit der polnischen Rüstungsindustrie überzeugen, die sich nach den Erklärungen des Vize-Kriegsministers von der ausländischen Produktion fast gänzlich unabhängig gemacht habe. Um die Qualität der polnischen Heeresproduktion noch mehr vor Augen zu führen, erschienen später im Haushaltsausschuss mehrere Soldaten in voller Feldausrüstung, mit Gasmasken und anderem Zubehör, die eingehend auf ihre Ausrüstung hin geprüft wurden.
Der diesjährige Voranschlag des Militäretats sieht im Gegensatz zu dem aller anderen Ressorts keinerlei Ausgabenverringerung vor. Die einzelnen Ausgabebetitel sind zum Teil sogar erhöht worden.

SPD. Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat in seiner Sitzung vom 18. Januar, die mit einer Besichtigung des Wehrsportlagers in Magdeburg verbunden war, die vom Bundesführer Höltermann getroffenen einleitenden Massnahmen zur Durchführung des Wehrsports und des freiwilligen Arbeitsdienstes gebilligt. Als einmütige Meinung wurde festgestellt, dass alle verfügbaren Kräfte des Bundes zur Weiterentwicklung und Steigerung der Wehrsportarbeit zu aktivieren sind. Eine Beteiligung am Reichskuratorium für Jugendertüchtigung wird unter den gegebenen politischen Verhältnissen nicht für zweckmässig erachtet. Weiter beschäftigte sich der Bundesvorstand mit der Vorbereitung der Bundes-Generalversammlung, die in der Zeit vom 17. bis 19. Februar in Berlin stattfindet.

SPD. Genf, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Konferenz zur Vorbereitung der Vierzigstunden-Arbeitswoche stimmte am Donnerstag auf Antrag der Arbeitergruppe namentlich über deren Resolution ab. Die Entschliessung wurde mit 31 gegen 21 bei 17 Enthaltungen abgelehnt. Geschlossen für die Resolution stimmten die Arbeiter, geschlossen dagegen die Unternehmer. Von den Regierungen stimmten nur Spanien und Schweden dafür. Italien, Frankreich, Dänemark und 14 andere Staaten enthielten sich der Stimme Deutschland und die übrigen Regierungen stimmten dagegen.

Vor der Abstimmung über die Entschliessung der Regierungen gab im Namen der Arbeiterklasse Mertens-Belgien die Erklärung ab, dass seine Gruppe für die Resolution stimme, weil sie das Prinzip enthalte, auf dem die Resolution der Arbeiter beruht hätte. Die Arbeiter hofften, dass bei Annahme der Entschliessung der Regierungen die Weiterarbeiten des Internationalen Arbeitsamtes bis zum Sommer in der Richtung der Anregungen der Resolution vor sich gehen würden. Für die englischen Arbeiter gab Hayday eine Sondererklärung ab: Die britischen Arbeiterdelegierten hätten eine klarere Sprache der Resolution der Arbeiterdelegierten gewünscht. Da aber von Regierungsvertretern erklärt worden sei, dass ihre Entschliessung im wesentlichen die gleiche Absicht verfolge wie die Resolution der Arbeiterdelegierten und die Resolutionen nur im Ausdruck verschieden seien, so stimme die englische Arbeitergruppe ebenfalls für die Regierungs-Entschliessung, behalte sich aber volle Handlungsfreiheit für das Abkommen ab, das im Juni ausgearbeitet werde. Mit 41 gegen 21 Stimmen bei 7 Enthaltungen wurde dann die Entschliessung der Regierungen angenommen. Gegen sie stimmten geschlossen nur die Unternehmer. Nach der Abstimmung erklärte Oerstedt-Dänemark, die Unternehmer seien überzeugt, dass die Arbeitszeitverkürzung nicht verwirklicht werden könne. Trotzdem würden die Unternehmer weiter mitarbeiten.

Die Konferenz tritt nunmehr in die Einzelberatungen zur Vorbereitung eines Konventionsentwurfes ein, die in den Ausschüssen vor sich gehen werden.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags hat am Donnerstag die Aussprache über die Osthilfe und ihre Missbräuche durch führende Grossagrarien erzwungen. Noch immer sträubt sich die Reichsregierung die verlangten Auskünfte zu erteilen. Gerade das aber ist ein Beweis, wie viel zu verbergen und in welchem Masse die gegenwärtige Reichsregierung von den nur auf Kosten der Allgemeinheit lebenden Grossagrariern abhängig ist.

Die Debatte wurde mit einem bemerkenswert scharfen Vorstoss des Zentrumsabgeordneten Ersing eingeleitet. Die parlamentarische Behandlung der Osthilfe habe in den Kreisen der Grossgrundbesitzer, die die Osthilfe in ungerechtfertigter Weise in Anspruch genommen haben, grösste Bestürzung ausgelöst. Sie

möchten deshalb eine weitere parlamentarische Behandlung unmöglich machen und entfaltet hinter den Kulissen die stärkste Aktivität für sofortige Reichstagsauflösung. Das Zentrum erwarte von der Regierung vollste Offenheit. Sollte aber das Drängen der ostelbischen Grossagrarien stärker sein und der Reichstag durch Auflösung an der weiteren Erörterung der Missbräuche der Osthilfe verhindert werden, so würde dies zu einer schweren Vertrauenserschütterung führen. Weiteste Kreise des deutschen Volkes hätten dann das Empfinden, dass die ostelbischen Grossgrundbesitzer zwar die Groschen des steuerzahlenden deutschen Volkes gerne nehmen, dass sie aber gleichzeitig dieses zahlende Volk politisch entrechten wollen.

Abg. Heinig (Soz) erklärt, man habe keinerlei Ursache die Namen der Ostpanamisten zu verschweigen. Die Junker hätten immer an der Spitze der persönlichsten und gehässigsten Angriffe gegen die Republikaner gestanden. Das ursprüngliche Ziel der Osthilfe sei die Reorganisation der Landwirtschaft gewesen. Jetzt würde sie benutzt, um die Vorherrschaft der Junker zu untermauern. Seitdem die jetzige Reichsregierung am Ruder sei, werde nicht mehr die Landwirtschaft saniert. Saniert würden nur noch die verschuldeten Besitzer. Die Gelder des Reichs und der Gläubiger sollten ihnen ein bequemes sorgenfreies Dasein ermöglichen. Das Material, das dem Ausschuss von der Regierung vorgelegt worden sei, sei so dünn, dass der Verdacht gerechtfertigt sei, nicht die Eile habe schuld daran, sondern es liege Absicht darin. Das Reich sei eine Wohlfahrtsanstalt für die Grossagrarien geworden. Kein Stand sei in Deutschland jemals so mit öffentlichen Mitteln bedacht worden wie der Grossgrundbesitz. Bei der Gemeinschaftsarbeit zwischen dem unersättlichen Appetit der Junker und der Hilfsbereitschaft ihrer politischen Vertretung im Reichsernährungsministerium habe sich eine Korruption entwickelt, die auch die anständige Landwirtschaft verurteile.

Heinig behandelte dann einige Einzelfälle, da man schon an Beispielen erkennen könne, wie skandalös die Missbräuche wären. Als Herr von Knebel-Döberitz wieder einmal als Kandidat für das Ernährungsministerium genannt wurde sei ein direkter Auftrag an die Landstelle Berlin erfolgt, ihn beschleunigt und bevorzugt zu sanieren. Aus dem Sicherungsverfahren des Präsidenten der Pommerschen Landwirtschaftskammer von Flemming hätten die Gläubiger keinen Pfennig erhalten. Herr Fleming sei stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank für Industrieobligationen. Von dieser Bank habe er einen Kredit von 100 000 Mark erhalten, obwohl sie an dem Verfahren selbst beteiligt sei! Der Junker von Oldenburg-Januschau habe ein Darlehn von 621 000 Mark zugesagt erhalten, 454 000 Mark seien bisher an ihn ausgezahlt worden. Sei es richtig, dass auch die zweite Frau Wilhelms des Letzten, Hermine, mit ihrem Besitz in den Bereich der Osthilfe geraten sei? Die allgemeine Praxis sei im Osten geworden, dass die Landschaft im Einvernehmen mit Familienangehörigen die Güter zum Preise der ersten Hypothek versteigere. Die vom Reich gegebene Umschuldungshypothek falle dabei vollkommen aus. Das nenne man dann höhnisch "Abschreibung auf Kosten des Reichs". Schluss mit der Korruption im Osten, das sei jetzt die Aufgabe.

Reichsernährungsminister Freiherr von Braun verschanzte sich hinter der Ausrede, er sei nicht berechtigt, Auskunft über Einzelfälle zu erteilen! Missgriffe würde auch er bedauern, fügte er besänftigend hinzu, um dann lang und breit, aber widerspruchsvoll und inhaltslos über die allgemeine Agrarpolitik genau die entgegengesetzten Anschauungen zu vertreten, die am Tage vorher der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold dargelegt hatte. Nachdem dann noch der deutschnationale Abgeordnete von Restorff sich gezwungen gesehen hatte, zuzugeben, dass der Junker von Oldenburg-Januschau aus Mitteln der Osthilfe umgeschuldet worden ist, kam es am Schluss der Sitzung noch zu einer peinlichen Niederlage für den Reichsernährungsminister.

Abg. Dr. Hertz (Soz) protestierte gegen die Erklärung des Ministers, dass er nicht berechtigt sei, Auskünfte über einzelne Persönlichkeiten und über die Summen zu geben, die ihnen zugeflossen seien. Hertz erklärte, dieser Standpunkt des Ministers sei rechtlich und tatsächlich unhaltbar. Ein Amtsgeheimnis (Steuergeheimnis) gebe es nur für die Zahlungen der Staatsbürger an den Fiskus, nicht aber für die Leistungen des Fiskus an die Staatsbürger. Keine frühere Regierung habe ein solches Amtsgeheimnis dem Reichstag gegenüber in Anspruch genommen. Reichsverfassung und Reichshaushaltsordnung, unterstützt von der ständigen Praxis des Reichstags und der Reichsregierung, liessen keinen Zweifel daran, dass die verlangten Auskünfte von der Regierung erteilt werden müssten und evtl. erzungen werden könnten. Nachdem mehrere Redner bürgerlicher Parteien denselben Standpunkt vertreten hatten, erklärte Herr von Braun kleinlaut, er wolle die Rechtslage nachprüfen und in der nächsten Sitzung entsprechende Auskunft geben.

SPD. Karlsruhe, 19. Januar (Eig. Drahtb)

In Karlsruhe kam es anlässlich einer von den Nationalsozialisten veranstalteten Reichsgründungsfeier zu heftigen Zusammenstößen. SA-Leute rempelten vor Beginn ihres Rummels sozialdemokratische Parteimitglieder an, die sich auf dem Wege zu einer Versammlung im Volkshaus befanden. Polizei räumte schliesslich die Strasse unter Anwendung von Gummiknütteln. Nach der Nazi-Feier durchzogen SA-Leute zu Fuss und mit Lastwagen die Strassen der Stadt. Von einem Wagen herab wurden mehrere Schüsse auf Passanten abgegeben. Bei einer polizeilichen Durchsuchung der Wagen wurden scharfgeladene Schusswaffen, Gummiknüppel und Totschläger gefunden. Mehrere Nazis wurden festgenommen.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft zum mindesten auf den Stand wieder zurückzuführen, den sie vor Beginn der Notverordnungs politik hatten. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags ist es ihr am Donnerstag bereits gelungen, einige ihrer Anträge zum Wiederaufbau der Leistungen in der Sozialversicherung durchzusetzen.

Einstimmig wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die durch die Papenverordnung vom 16. Juni 1932 eingeführte Hilfsbedürftigkeitsprüfung für die Gewährung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung aufgehoben wird. Vermerkt muss werden, dass die Nationalsozialisten sich erst nach einigen Zögern dazu entschlossen, diesem Antrag zuzustimmen. Die Notverordnung hatte die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung auf 6 Wochen beschränkt. Ein von der Sozialdemokratie gestellter Antrag, dem der Ausschuss beigetreten ist, verlangt, dass sie wieder auf die Dauer von 20 Wochen erhöht wird.

Der Ausschuss stimmte dann einem sozialdemokratischen Antrag zu, der die Aufhebung der Rückerstattungspflicht fordert. Zugleich wurde eine Entschliessung angenommen, durch die die Reichsregierung ersucht wird, die für die Aufrechterhaltung der Anwartschaften in der Sozialversicherung von dem Erwerbslosen zu leistenden Pflichtbeiträgen aus öffentlichen Mitteln sicherzustellen. Die Regierung soll auch dafür Sorge tragen, dass die Fortsetzung der Mitgliedschaft in der zuständigen Krankenkasse erfolgt.

Der Sozialpolitische Ausschuss begann dann mit der Beratung der Anträge, die zur Krankenversicherung gestellt worden sind. Abg. Litke (Soz) verlangte, dass die durch Notverordnung eingeführte Krankenschein- und Rezeptgebühr wieder aufgehoben wird und auch die Vorschriften beseitigt werden, die die Gewährung von Mehrleistungen der Krankenkassen unterbinden.

Bemerkenswert war eine Äusserung des Staatssekretär Grieser, wonach man auch für den Lebensabend des Arbeiters und Angestellten "eine frohe Vollendung" schaffen müsse. Zu diesem Zwecke müsse man ihnen die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung überantworten, damit die Versicherten die Sozialversicherung in ihrem Sinne gestalten könnten. Als die Sozialdemokraten fragte ob das so zu verstehen wäre, dass die Versicherten bei voller Selbstverwaltung auch die Beiträge allein aufzubringen hätten, gestand der Staatssekretär zu, dass der Unternehmeranteil bei den Beiträgen ein Stück des Lohnes sei.

SPD. Frankfurt/M., 19. Januar (Eig. Dr.)

Der Buchhalter Schnur, ein strammer Nationalsozialist, der eine Frankfurter Trikotagenfirma durch jahrelange Unterschlagungen um etwa 60 000 Mark betrogen hat, ist in Dresden verhaftet worden. Der Betrüger ist geständig und gibt zu, seine Schwindeleien durch Falschbuchungen verschleiert zu haben.

Während der letzten Wahlkämpfe hatte Schnur an dem Balkon seiner Wohnung in der Glückstrasse in Frankfurt Transparente mit der Aufforderung, die Hitlerpartei zu wählen, befestigt.

SPD. Was die schlimmste preussische Kultur-Reaktion der Vorkriegszeit gegenüber der Schule und den Lehrern nicht gewagt hat, vollendet sich jetzt unter der Herrschaft der Schleicher-Kommissare.

Jahrelang hatten die sozialdemokratischen und demokratischen Kultusminister Haenisch und Grimme und Becker die Schulaufsicht der Kirche abgelehnt und der Reaktion Schach geboten. Kaum waren die Kommissare am Ruder, als die Kirche das Recht erhielt, den Religionsunterricht in den Volksschulen zu kontrollieren. Welche Folgen dieser Eingriff in das Erziehungs- und Schulrecht für Kinder und Lehrer nach sich zieht, beweist am besten, dass die gesamte Lehrerschaft in schärfster Opposition zu dieser Vormundschaft und Beaufsichtigung steht.

Alle Lehrervereine und Lehrerzeitungen laufen gegen das "neue System" Sturm. Die Folge ist ein Erlass des kommissarischen Unterrichtsministers. Er war als vertraulich bezeichnet und allen Regierungen, in einigen Bezirken auch den Kreisschulräten, zugegangen. In diesem Erlass wird die Bekämpfung der kirchlichen Einsichtnahme durch die Lehrer "in der Öffentlichkeit" verboten. Der Preussische Lehrerverein wandte sich in einer scharfen Entschliessung gegen die Einschränkung der durch die Verfassung gewährleisteten Rechte der Meinungsfreiheit der Lehrer.

Selbst Staut und andere konservative Kultusminister haben sich gehütet, den Lehrern das Recht der Kritik zu beschneiden. Es blieb dem "neuen System" vorbehalten, auch diese Freiheit anzutasten. Was sagen dazu die deutschnationalen Lehrer, die ebenfalls die kirchliche Kontrolle ablehnen? Was sagen sie zu der Beschränkung der Kritik durch den schwarz-weiss-roten Unterrichts-kommissar Kähler? Ein Haenisch, ein Grimme haben mit der Lehrerschaft zusammen gearbeitet und sehr oft sind sie den Anregungen der Lehrer gefolgt. Nie haben sie gegenteilige Meinungsäusserungen der Lehrerschaft mit einem Verbot der Kritik beantwortet.

Es ist anders geworden. Statt der Freiheit haben die Lehrer den Kontrolleur erhalten und den Maulkorb! Das ist das "neue System", verkörpert durch deutschnationale Kommissare!

SPD. Halle, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

In einer Mitgliederversammlung der NSDAP erklärte der Gauleiter Jordan zum Paul Strasser, dass niemandem in der Partei das Recht zustehe, Verhandlungen zu führen, als Adolf Hitler; wer das trotzdem unternahme, müsse rück-sichtslos aus der Partei entfernt werden. Auf der Weimarer Amtswalter-Tagung Schleichers Sturz beschlossen worden; sein Kabinett würde den 26. Januar nicht überleben. Sollte die dann notwendige Reichstagswahl wieder nicht den erhofften Endsieg bringen, so würde man mit Gewalt die Macht zu erobern suchen.

Jordan hat schon des öfteren dicke Sprüche geklopft, ohne dass seine Prophezeiungen wahr geworden wären.

SPD. Frankfurt/M., 19. Januar (Eig. Ber.)

Mit grossem Eifer wird in Frankfurt a.M. zurzeit der Marx-Parteitag der Sozialdemokratie, der vom 12. bis zum 18. März 1933 stattfindet, vorbereitet.

Für die auswärtigen Gäste des Parteitages ist besonders die Eröffnungskundgebung am Sonntag, den 12. März von Wichtigkeit. Diese Kundgebung wird mit einem Riesen-Demonstrationszug durch die Strassen Frankfurts eingeleitet. Die Eröffnung selbst erfolgt in der Festhalle, die etwa 20 000 Menschen fasst. Als Auftakt zur Begrüßungsfeier bringen die Arbeitersänger eine zum Marx-Parteitag gedichtete und komponierte Freiheitskantate zu Gehör. Der Text stammt von Max Barthel, die Musik hat der in der Arbeitermusikwelt bekannte Ottmar Gerster geschrieben. Ein Massenchor von mehreren hundert Sängern und Sängerinnen wird mit einem Blasorchester von etwa 50 Mann die Kantate uraufführen.

Es folgen die Reden. Parteivorstandsmitglieder, Vertreter der Sozialistischen Internationale und der ausländischen Bruderparteien werden sprechen. Durch Lautsprecher wird die Veranstaltung in der Festhalle auf die beiden anliegenden Hallen des Festhallengeländes, "Haus der Moden" und "Haus der Technik" übertragen. In diesen Räumen, die ebenfalls 20 000 Personen Unterkunft geben, werden noch besonders Führer der Internationale und der Deutschen Sozialdemokratie sprechen.

Diejenigen Bezirke der Sozialdemokratischen Partei, die an den Bezirk Hessen-Nassau angrenzen oder verkehrstechnisch in günstiger Lage zu Frankfurt liegen, werden am Sonntag, den 12. März, Sonderzüge nach Frankfurt a.M. entsenden. Auch die Bezirke Hessen-Kassel, südliches Westfalen, Rheinprovinz, Pfalz, Saargebiet, Baden, Württemberg, Franken und Thüringen werden voraussichtlich mit starken Formationen zur Parteitagsdemonstration am 12. März in Frankfurt a.M. antreten. Wahrscheinlich wird die grosse Demonstration nachmittags um 2 Uhr beginnen. Die Eröffnungskundgebung wird um 7 Uhr abends ihr Ende finden, so dass alle, die mit Sonderzügen nach Frankfurt kommen, bequem wieder am gleichen Abend ihre Heimat erreichen können.

Der Marx-Parteitag in Frankfurt wird, das steht heute schon fest, zu einem Ereignis werden.

SPD. Otto Strassers gut informierte "Schwarze Front" plaudert in ihrer neusten Ausgabe wieder aus der Schule. Vor acht Tagen hatte sie den Besuch Röhm bei Schleicher gemeldet und hinzugefügt, wie Röhm dem Reichskanzler die Windigkeit und Winzigkeit des Orosaf geklagt habe. Ein Dementi vom Braunen Haus ist sonderbarerweise unterblieben. Jetzt bietet Strasser nochmals den Beweis für die Wahrheit seiner Behauptungen an.

Gleichzeitig teilt der Bruder von Gregor Strasser mit, dass inzwischen

auch Gottlieb Feder, Hitlers einstige Wirtschaftsgrösse, dem Reichskanzler und "Gegner Hitlers" einen Besuch in der Wilhelmstrasse abgestattet hat. Auch Feder habe sein absprechendes Urteil über Hitler nicht hinter dem Berg gehalten. Wörtlich heisst es dann in dem Artikel:

"Feder "erklärte" Schleicher nicht nur das Zustandekommen seiner "Treue-Erklärung für Hitler" als vollendete Erpressung, sondern bestätigte in einer eingehenden Darstellung der "Treue-Erklärung der Reichstagsfraktion" die Richtigkeit unserer "Hündchen-Szene" in allen Punkten. Der Eindruck dieser unwürdigen, weibischen "Heul-Szene" auf Schleicher war so stark, dass der Reichskanzler wiederholt die Darstellung Feders zur Grundlage seines Urteils über die Hitlerfraktion machte. Sollten die Herren Hitler und Feder "Dementis" wagen, so würden wir gern mit weiteren Einzelheiten aufwarten.

Im übrigen lassen uns diese persönlichen Dinge ziemlich kalt. Wichtiger sind die politischen Vorgänge: nicht weniger als drei prominente Führer der NSDAP verhandeln hinter dem Rücken Adolf Hitlers mit seinem politischen Gegner Schleicher und liefern diesem wesentliche Argumente gegen Hitler, ohne dass Herr Hitler wagen kann, dagegen einzuschreiten. So sieht in Wahrheit die "Einigkeit und Geschlossenheit" der Hitlerpartei aus, die angeblich nie vollkommener war, als im Augenblick."

SPD. Paris, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Finanzkommission der Kammer hat am Donnerstag vormittag bei der Beratung des Finanzprojekts einen wichtigen Beschluss gefasst, der für die sozialistische Fraktion einen grossen Erfolg darstellt.

Die Finanzkommission hat nach Beendigung der Generaldebatte für die Prüfung der einzelnen Artikel der Regierungsvorlage gestimmt, aber zugleich mit 24 Stimmen der Linksparteien gegen 12 Stimmen der Rechten und bei zwei Enthaltungen beschlossen, den sozialistischen Gegenentwurf, den der Finanzminister am Mittwoch als inflationistisch bekämpft hatte, in Betracht zu ziehen. Dieser Beschluss bedeutet, dass die Kommission die Regierungsvorlage als Diskussionsgrundlage benutzen, aber verschiedene Bestimmungen, die auch bei den Radikalen Missfallen erregt haben, durch Artikel des sozialistischen Entwurfs ersetzen will. Daraus geht hervor, dass die Linksparteien entschlossen sind, zusammenzuhalten, um eine ihren Auffassungen entsprechende Sanierung der Staatsfinanzen durchzuführen. Die Regierungsvorlage wird also erheblich abgeändert werden, sodass der Finanzminister in eine peinliche Lage versetzt wird. Chéron hatte noch am Mittwoch vor der Kommission erklärt, dass er gegen geringfügige Änderungen seiner Vorlage nichts einzuwenden habe, aber in bezug auf die Annahme der das Budgetgleichgewicht herstellenden Bestimmungen unnachgiebig sein werde.

Am Donnerstag nachmittag hat die Kommission die Einzelberatung der Artikel begonnen. Verschiedene Artikel, die das Budget für den Monat Februar betreffen wurden angenommen. Der Artikel sechs der Regierungsvorlage, der eine fünfprozentige Erhöhung sämtlicher direkter Steuern vorsieht, wurde mit 24 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Der Präsident der Republik hat dem Finanzministerium mitgeteilt, dass er ebenso wie die Minister auf zehn Prozent seines Gehalts verzichten wird.

SPD. Genf, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag nachmittag befasste sich die 40 Stundenkonferenz zunächst mit der Frage des Umfangs der Konvention für die 40 Stunden-Arbeitswoche.

Ein Antrag der Arbeitergruppe protestiert gegen die Ausschaltung der Landwirtschaft von der Arbeitszeitverkürzung. Die Rationalisierung und die

Krise, heisst es in diesem Antrag, führen auch in der Landwirtschaft eine immer mehr zunehmende Arbeitslosigkeit herbei, weshalb die Arbeitergruppe eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft für unbedingt notwendig gerachtet. Die Arbeitergruppe verlangt von dem Internationalen Arbeitsamt, sobald als möglich ein internationales Übereinkommen über die Regelung und Kürzung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft herbeizuführen.

Dem Einwand der Unternehmer, die Frage gehöre nicht auf diese Konferenz, traten Jouhaux und Mertens entgegen. Splietz vom ADGB bezeichnete die Arbeitszeitverkürzung in der Landwirtschaft als einendes Problem. In der Landwirtschaft steige die Arbeitslosigkeit durch die Technisierung. Die immer stärker sich ausbreitende Saisonarbeit in der Landwirtschaft zwingt zur Untersuchung, wie ein genügender Arbeiterstamm durch Siedlung gehalten werden könne, wozu durch Kürzung der Arbeitszeit die Möglichkeit der Bestellung des eigenen Siedlungslandes geschaffen werden müsse.

Nach scharfer Debatte wurde auf Vorschlag des französischen Regierungsvertreters Picquenard die Entschliessung dem Internationalen Arbeitsamt überwiesen. Der Zweck des Arbeitervorstosses war erfüllt. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung in der Landwirtschaft ist endlich in Fluss gekommen.

SPD. Hannover, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Schöffengericht in Hannover verurteilte zwei Nationalsozialisten zu zwei bzw. drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis, weil sie gemeinsam mit anderen SA-Leuten in rohester Weise einen Jungbannführer misshandelt haben.

Während der Verhandlung kam es zu einem Zusammenstoss des Gerichtsvorsitzenden mit dem jugendlichen Naziverteidiger, da sich der Gerichtsvorsitzende die persönlichen Anrempelungen des Nazianwalts energisch verbat. Der Staatsanwalt erklärte in seiner Anklagerede, man habe solche Rowdies, wie sie unter Anklage stehen, immer mit einem Glorienschein umgeben und habe sie zu Helden gestempelt. Aber der Staat könne nicht dulden, dass junge Leute sich das Recht anmassen, andersgesinnte Staatsbürger zu terrorisieren. Man müsse von Anfang an denjenigen Leuten, die jetzt wieder mit der Schlägerei anfangen, mit der ganzen Schärfe des Gesetzes entgegentreten. Der Staatsanwalt bat die Pressevertreter, Notiz davon zu nehmen, dass, soweit es an ihm liege, Strafen verhängt werden sollten, die jedem die Lust nehmen, politische Schlägereien zu beginnen. Das Gericht machte sich in der Urteilsbegründung die Ausführungen des Staatsanwaltes zu eigen und erklärte wörtlich: "Junge Leute, die nichts weiter sind als Rüpel, dürfen sich nicht das Recht anmassen, gegen Andersdenkende Terror zu üben."

SPD. Die französische Kammer hat am Donnerstag ohne Debatte einen Gesetzentwurf angenommen, der die Rückerstattung von Geldstrafen vorsieht, zu denen Elsässer und Lothringer während des Krieges von deutschen Behörden verurteilt worden sind.

SPD. Paris, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Von den sechs Verfahren, die gegen den Bankier Oustric wegen des Zusammenbruchs seiner Bank und der von ihm gegründeten Holding-Gesellschaften schweben, ist am Donnerstag eins vor dem Pariser Gericht beendet worden. Oustric und sein Kompagnon Gualino wurden zu je einem Jahr Gefängnis und 3 000 Francs Geldstrafe wegen betrügerischer Machenschaften bei Gründung der Holding-

gesellschaft "Holfra", deren Kapital nur gezeichnet aber nicht eingezahlt worden war, verurteilt. Mehrere Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft, darunter der frühere französische Gesandte in London Saint Oulaure, wurden zu Geldstrafen von 3 bis 10 000 Francs verurteilt.

SPD. In einer ziemlich lang ausgedehnten Sitzung führte der Preussische Landtag am Donnerstag seine Kultusdebatte und damit seine Januar-Tagung zu Ende.

Wenn man sich etwas Mühe gegeben hätte, hätte man am Ende die Tagesordnung schon frühzeitiger bewältigen können. Aber die Herren Nationalsozialisten wollten wieder einmal boshaft sein: sie zogen die Sitzung in die Länge, weil ihre deutschnationalen Freunde ihre Fraktionsmitglieder zu einer - Kaiser-Geburtstagsfeier eingeladen hatten. Da die "Partei der feinen Leute" dafür Frack oder Gehrock vorgeschrieben hatte, mussten die armen Deutschnationalen erst nach Haus, sich umziehen. Und da hielten trotz der freundschaftlichen Besprechungen zwischen Hitler und Hugenberg die Nazi sie bei namentlichen Abstimmungen fest. Aber die Deutschnationalen liessen sich nicht halten und gingen sich für die Kaiser-Geburtstagsfeier einpuppen. Und nun freuten sich die Nationalsozialisten, dass sie z.B. mit ihrem Antrag auf Verbot der weltlichen Schulen durchfielen; denn nun haben sie neues Agitationsmaterial gegen die Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen hatten sich an dem Rest der Kulturdebatte durch den Abg. Oelze, d.h. mit bemerkenswertem Ungeschick beteiligt. Oelze machte nämlich hauptsächlich Opposition gegen seinen früheren deutschnationalen Fraktionsfreund und jetzigen Reichskommissar Professor Kähler. Herrn Hugenberg, der stets versichert hat, persönlich kein Antisemit zu sein - die Redaktion des "Berliner Lokalanzeiger" beweist es - erfreute Herr Oelze durch die Erklärung, dass der völkische Standpunkt der Deutschnationalen genau der gleiche sei wie der der Nationalsozialisten.

Die völkische Gesinnung der Nazi ist nun denkbar einfach: alles, was ihnen nicht gefällt, Kulturbolschewismus, weltliche Schule, Bauhaus und moderne Musik, kommt von den Juden, und diese Juden beherrschen die Arbeiterparteien und wollen mit ihrer Hilfe das Christentum ausrotten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Frau Wegscheider und Rickers bemühten sich, an der Hand einiger Beispiele den Nationalsozialisten klarzumachen, dass sie einmal von moderner Erziehung und neuer Kunst garnichts verstehen und zum zweiten ganz zu Unrecht gerade Juden für das verantwortlich machen, was ihnen missfällt. Mit den Phrasen der Nationalsozialisten für freudiges Bekenntnis-Christentum in Staat und Schule kontrastierte Frau Wegscheider wirksam die groben Gotteslästerungen und Schmähungen der katholischen Kirche in des Nazi-Reichstagsabgeordneten Rosenberg bekanntem Buch: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Die sozialdemokratische Rednerin hielt den Nazis ferner vor, dass die deutschen Lehrer wirklich nicht erst auf Adolf Hitler gewartet hätten, um ihren Schülern die Liebe zur deutschen Heimat beizubringen. Aber die ganze Nazi-Kulturpolitik kenne nur das eine Ziel: die deutschen Arbeiter zu verhindern, ihre Kinder so zu erziehen, wie sie wollten. Auch dieses Recht werde ihnen die Sozialdemokratie erkämpfen.

Rickers (Soz) bekämpfte besonders die neuesten autoritären Erlasse über die Einsicht in den Religionsunterricht und den Versuch des Herrn Reichskommissars, die Opposition der Lehrer dagegen durch Drohungen zu unterbinden. Er nahm sich der Junglehrer, der gefährdeten Berufsschule und der bedrohten Lehrerkadademie energisch an. Vor allem aber hielt er den Nazis entgegen, dass ein Christentum, das sich durch die Tat bewähre, zu seinem Schutz keine Polizei und keine Reichskommissare brauche. Märtyrer schaffen würde die beste Propaganda auch für die Freidenker sein. Das Christentum sei ein viel zu gutes

Tuch, als dass man daraus Deckmäntel für die Reaktion schneiden dürfte.

Eine ganz besondere Rolle spielten während der Kulturdebatte die Kommunisten. Statt gegen Kulturreaktion und Kulturfaschismus wandten sie sich gegen die Sozialdemokratie, die angeblich diesen beiden den Weg freigemacht hätte. Dabei schreckten sie vor offenbaren Unwahrheiten und Unsinnigkeiten nicht zurück: Theodor Leiparts Bekenntnis zur Nation in seiner Bernauer Rede war ihnen eine Verbeugung vor dem Faschismus; das gleiche Bekenntnis Lenins zur russischen Nation ein kraftvoller Ausdruck revolutionären Klassenbewusstseins. Der General, der an der Spitze des russischen Schulwesens steht, ist ihnen ein Stück verkörperten Sozialismus; der angebliche Generalseinfluss auf die preussische Volksschule ein neuer Verrat der Sozialdemokratie. So ging es in ermüdenden Tiraden endlos fort und die Nazi freuten sich.

Der Landtag vertrat sich schliesslich auf den 15. Februar; doch erhielt der Präsident die Ermächtigung, das Haus auch früher einzuberufen.

SPD. Genf, 19. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Sachverständigenkommission zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz hat am Donnerstag den zweiten Tagungsabschnitt ihrer Arbeit beendet und dem Völkerbundsrat ihre Vorschläge für die Londoner Tagesordnung zugehen lassen. Die Konferenz soll im Juni stattfinden. Bis dahin will das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes noch einmal zusammentreten und internationale Konventionsentwürfe entwerfen.

Der Bericht an den Völkerbundsrat stellt in seiner Einleitung nochmals die Krisenerscheinungen fest und fordert als wirksamstes Heilmittel den internationalen Wirtschaftsfrieden. Dazu gehörten in erster Linie: Internationale Schuldenregelung, Wiederherstellung der Goldwährung in allen Ländern unter Zusammenarbeit der Notenbanken; billige Kredite durch Valorisierung und Verkauf der Warenvorräte; Ende der Devisenkontrolle und als Voraussetzung hierzu: Schaffung eines ausgeglichenen Haushalts, Freiheit des internationalen Handels, Zollsenkung, Aufhebung von Einfuhrkontingenten usw.

Der zweite Teil des Berichts zeigt die Wege, die zur Durchführung des Programms beschritten werden müssten.

SPD. Die kommunalen Spitzenverbände haben eine Denkschrift über die Frage der Hilfsbedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenbetreuung ausgearbeitet. Die Denkschrift richtet sich gegen das Gutachten der Reichsanstalt, das im Oktober herausgegeben wurde und die sozialpolitische Pleite der Papenregierung an den Pranger stellte.

Die Herren vom Städtetag müssen viel Zeit haben, wenn sie sich jetzt damit beschäftigen, noch Gegendenschriften gegen das Gutachten der Reichsanstalt zu verfertigen. Sie sagen, die Denkschrift habe Bedeutung, weil die Frage der Reform der Arbeitslosenhilfe brennend geworden sei. Die Verbesserung der Arbeitslosenhilfe ist gewiss notwendig, aber hierzu braucht man keine neuen Denkschriften. Was die kommunalen Spitzenverbände wollen, ist eine Unmöglichkeit. Die Arbeitslosenunterstützung kann unmöglich restlos von der Gnade der Kommunalverwaltungen abhängig gemacht werden; denn dann würde in sehr vielen Gemeinden gerade dort gespart, wo am wenigsten gespart werden sollte: am Brot der Arbeitslosen. So geht es nicht.

Die Arbeiterschaft hält nach wie vor daran fest, dass neben einer Arbeitslosenversicherung, die wirklich diesen Namen verdient, eine Reichsarbeitslosenfürsorge geschaffen werden muss mit einheitlichen Sätzen für das ganze Reich.

SPD, Leipzig, 19. Januar (Eig. Dr.)

Von einer SPD-Versammlung in Probstheida kommend, wurde eine Gruppe sozialdemokratischer Arbeiter von nationalsozialistischen Weigelagerern mit Revolvern und anderen Schiess- und Schlaginstrumenten angefallen. Zwei Ueberfallene wurden schwer verwundet. Der eine erhielt zwei Bauchschüsse, der andere einen Oberschenkelsschuss.

Die "Leipziger Neuesten Nachrichten" behaupten, die Schüsse seien von Reichsbannerkameraden abgegeben worden. Das ist eine aus nationalsozialistischer Quelle stammende erbärmliche Lüge und Entlastungsoffensive. Die Polizei hat an dem Sammelplatz der Nationalsozialisten fünf Patronenhülsen und ein Geschoss gefunden.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags nahm am Donnerstag die Neuwahl ihres Vorstandes vor. Die bisherigen Vorsitzenden Heilmann, Leinert und Winzer, wurden durch Zuruf wiedergewählt. Ebenso wurden die bisherigen Beisitzer im Fraktionsvorstand wiedergewählt, nämlich die Abg. Jürgensen, Minna Bollmann, Brahnburg, Hamburger, Hartwig, Lewerentz, Klupsch und Stahl. Neu in den Vorstand wurden gewählt die Abg. Harnisch-Berlin, Möller-Halle, und Nölting-Frankfurt am Main.

SPD. Köln, 19. Januar (Eig. Drahtb.).
Im Kölner Installationsgewerbe wurde am Donnerstag nach sechswöchiger Dauer des Streiks und der Aussperrung die Arbeit wiederaufgenommen. Die Parteien haben sich verständigt. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der eine Herabsetzung des Stundenlohnes von 1,10 Mark auf eine Mark v. orsah, wurde dahin abgeändert, dass der Stundenlohn ab 19. Januar 1,05 Mark, ab 1. Mai eine Mark beträgt. Das Abkommen läuft bis zum 31. Dezember 1933.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Expropriation.

SPD. In Sowjetrussland sind kürzlich zwei Arbeiter erschossen worden. Sie haben das ungeheure Verbrechen begangen, zwei Pelzmäntel zu stehlen, weil sie gefroren haben. Es gibt eine verbürgte Anekdote über Karl Radek aus der ersten Zeit des Sowjetregimes, als das Elend und der Hunger in Sowjetrussland nach dem Ende des Krieges noch viel grösser waren als heute. Als Radek an einem bitterkalten Tage in einer kommunistischen Versammlung auf dem Lande sprach, natürlich in ungeheiztem Raum, und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit verkündete, fragte ihn ein frierendes altes Mütterchen: "Wie kommt es, Genosse Radek, dass Du einen so schönen warmen Mantel hast, und dass wir keinen haben, obwohl jetzt Lenin regiert?" Radek antwortete: "Ich muss bei der Kälte umherreisen, um zu Euch zu reden, und dazu brauche ich einen Mantel." Er brauchte den Mantel. Nun, die beiden Arbeiter, die in Sowjetrussland erschossen worden sind, brauchten den Mantel auch, den sie gestohlen haben, denn sie haben gefroren.

Es ist sehr schwer für einen Kommunisten, zu unterscheiden was er darf und was er nicht darf. In Deutschland ist das, was die beiden russischen Arbeiter mit dem Leben büssen mussten, von den Kommunisten in ein System gebracht worden. Man nennt es "proletarischer Einkauf". Es ist die Methode der Ueberfälle auf Lebensmittelgeschäfte, die in ein gewisses System gebracht worden sind, und die nicht verwechselt werden dürfen mit echten Notdiebstählen. Diese Methode hat sich in den Grosstädten bereits ausgewachsen zu einer Art Wildwest-Räuberromantik und bringt die jugendlichen Kommunisten, die sich daran beteiligen, in gefährliche Nähe zur Unterwelt.... Sofern nicht direkt aus diesen Kreisen Zuzug zu dieser Methode erfolgt.

Bei jeder revolutionären, von den Kommunisten geführten Aktion taucht als erstes die Warnung auf: Wer plündert, wird erschossen. Wie aber, wenn die Revolutionäre selbst von Partei wegen erst zur Plünderung erzogen worden sind?

Die intelligenteren der Kommunisten verteidigen sich gegenüber den Regungen ihres revolutionären Gewissens angesichts der Verderbnis, die ihre Methode über die Jugend bringt, mit dem Schlagwort "Expropriation". Expropriation ist für sie ein geheiligtes Schlagwort. Auch Stalin war einst Expropriateur. Im Namen desselben Stalin aber sind die beiden russischen Arbeiter erschossen worden, die zwei Mäntel expropriiert haben, die sie brauchten!

Heisst nun die Konsequenz, die Kommunisten ziehen: Im Kapitalismus ist Frieren eine schlechte Angewohnheit, und wer friert hat das Recht, einen Mantel zu expropriieren, im Kommunismus aber ist Frieren revolutionäre Pflicht? Wir hatten geglaubt, dass es der Zweck des Kommunismus sei, jedem Frierenden einen Mantel zu geben und ihn nicht erst in Versuchung zu führen, ihn expropriieren zu müssen.

Schulter an Schulter.

Als der Breslauer Universitätssenat dem nationalistischen Hochschulmob gut zureden musste, damit er von seinem Lärm gegen den Professor Cohn abstehe, hat er sich der schwülstigsten nationalistischen Phrasen bedient: Breslau in bedrohtem Lande, die Ostgrenze bedroht, der Krieg sozusagen vor der Tür! Bei dieser Kriegspanikmache, die in diesem Falle lediglich der Anbiederung an den nationalistischen Hochschulmob dienen sollte, hat der Breslauer Universitäts-

senat neben zahlreichen Bundesgenossen aus dem Lager der sogenannten nationalen Organisationen noch einen höchst seltsamen Alliierten in der Gestalt der Kommunistischen Partei. Das kommunistische Organ Schlesiens, die "Arbeiterzeitung" hat an die vorwiegend nationalistisch eingestellten Stadtverwaltungen der Grenzstädte ein Schreiben gerichtet, in dem es heisst:

"Es ist uns bekannt, dass der Versailler Schandvertrag gerade in den Grenzkreisen schwere Schäden angerichtet hat. Da wird emnächst in unserer Zeitung den Kampf gegen den Versailler Tributvertrag aufnehmen, ist uns an statistisches Material sehr viel gelegen, und wir bitten Sie um Ueberlassung desselben."

Man versteht nun, warum der nationalsozialistische Redner Haupt im preussischen Landtag erklärte: "Mit den Kommunisten sind wir einig in der nationalen Frage. Die Kommunisten gehören eigentlich in unsere Reihen." Schulter an Schulter mit den Nationalsozialisten in der Hetze gegen Polen - wahrlich ein Ruhmesblatt für die KPD.

Der korrptionelle Naziladen.

Der ostpreussische Gauleiter der NSDAP Koch hat nach grossem Krach mit seinem Exparteifreund Butlar den Druck des offiziellen Organs der ostpreussischen Landwirtschaftskammer einer Druckfirma zugeschanzt, an der er selbst beteiligt ist. Die nationalsozialistische Mehrheit der Landwirtschaftskammer hat beschlossen, dieser Firma den Druck zu übergeben.

Nach diesem Beschluss musste der Laden des Herrn Koch für diesen Druckauftrag erst eingerichtet werden. Kaufmännischer Leiter des Ladens ist ein Viehhändler, Leiter der Setzmaschinenabteilung ein Schneider und Leiter der Druckerei ein Tischler. Als die Leitung der Landwirtschaftskammer die Druckerei besichtigte, fand sie leere Räume und eine alt gekaufte Rotationsmaschine, an der leider nur die Druckwalzen fehlten. Als die Druckwalzen endlich vorhanden waren, verbot die Baupolizei die Inbetriebnahme, da die Maschine nicht auf entsprechendem Untergrund stand. Als der Betrieb trotzdem eröffnet wurde, nahm die Polizei die Maschinen unter polizeilichen Verschluss. Im übrigen: Handsetzerei, Maschinensetzerei, Flachdruck und Buchbinderei in einem einzigen Raum, wer von den Arbeitern Tariflohn verlangt, wird entlassen, und der Hauptschriftleiter, Dr. Lau sagte kurz und grob: "Das ist keine Druckerei, das ist eine Abdeckerei." Aber Herr Koch ist daran beteiligt. Die Landwirtschaftskammer hat ihm den Druckauftrag zugeschanzt, und so ist alles in bester Ordnung. Wehe dem, der da von Korruption redet!

Zu weich!

Auf Antrag der Nationalsozialisten ist im Württembergischen Landtag ein Untersuchungsausschuss zur Feststellung der Parteibuchbeamten eingesetzt worden. Das Ergebnis der grossartigen Untersuchung war, dass in der ganzen württembergischen Staatsverwaltung nur zwei Beamte vorhanden sind, die nicht die üblichen Examen gemacht haben, nämlich der sozialdemokratische Oberregierungsrat Pflüger und der dem Zentrum angehörende Präsident Andree, die beide in der Arbeiterbewegung mehr gelernt haben, als viele Examinationsbeamte. Der deutsche nationale Vertreter in diesem Ausschuss nannte das Geschrei der Nationalsozialisten über diese beiden Beamten kleinlich und ärmlich.

Nur zwei? Wir sind mit diesem Untersuchungsergebnis entschieden unzufrieden. Es zeigt, dass wir in der Personalpolitik viel zu weich gewesen sind! Die Lehren für die Zukunft, die wir jetzt erhalten, werden jedoch beherzigt werden!

aus aller Welt

Das schwedische Schlüsselgeheimnis.

Erst so sorgfältig und dann so vergesslich... - Ein genialer Kassenraub vor der gerichtlichen Sühne.

SPD. Stockholm, Mitte Januar (Eig. Ber.)=

In den nächsten Tagen beginnt vor der Strafkammer Stockholm der Prozess gegen einen aussergewöhnlich "tüchtigen" Kassenräuber. Er hat - ohne gefasst zu werden - in einer stürmischen Dezember-Nacht des Jahres 1931 aus einem verschlossenen Kassenschrank des staatlichen Steueramts in Stockholm eine halbe Million Kronen gestohlen. Besonders auffallend war hierbei, dass die vielen komplizierten Schlösser des Schrankes völlig unversehrt geblieben waren. Zunächst wurden statt des Täters die beiden Steuerbeamten, in deren Besitz sich die Kassenschlüssel befanden, verhaftet. Man musste sie wieder freilassen; sie konnten ihre Unschuld nachweisen. Aber auch sonst fanden sich keinerlei Spuren. Man stand vor einem Rätsel.

Der verräterische Führerschein.

Anfang Januar 1932 wurde dann in einem Hotel in Malmö ein angeblicher Baron von Bennet festgenommen, der bei verschiedenen Banken insgesamt eine halbe Million schwedischer Kronen deponiert hatte. Eigenartige Umstände hatten zu seiner Verhaftung geführt. Er hatte nämlich einige Tage zuvor in einem Kopenhagener Hotel einen Führerschein und eine Bankquittung liegen lassen, die nicht auf den Namen des Barons von Bennet, sondern auf den Namen Johnny Sjögren aus Stockholm lauteten. Der Kopenhagener Hotelportier schöpfte Verdacht - wie ihm die Malmöer Polizei bald bestätigen konnte! nicht zu Unrecht. Der von ihr verhaftete Sjögren konnte über die Herkunft des Geldbetrages keine befriedigende Auskunft erteilen. Schliesslich gab er zu, dass der Betrag aus dem Stockholmer Steuerraub stamme. Dem Geständnis folgte vor dem Staatsanwalt die Schilderung der Tat.

Interesse für Steuerbeamte...

Sjögren war von Beruf Bankbeamter gewesen. Im allgemeinen galt er als durchaus zuverlässig. Starke Neigung zum Wohlleben und Nichtstun hatte ihn aber dazu verführt, seine Stellung aufzugeben. Jahrelang lebte er vom Gelde seiner Frau. Schliesslich kam ihm die Idee zu seinem Einbruch. Er beobachtete die Gepflogenheiten der Kassierer eines grossen Stockholmer Steueramts, in dem er früher einmal Aushilfsdienste geleistet hatte. Bald wusste er über die Tätigkeit der Beamten in allen Einzelheiten Bescheid. Jetzt konzentrierte sich sein Interesse allein darauf, in den Besitz ihrer Haus- und Kassenschlüssel zu gelangen.

Der "Nachbar".

Eines Tages klingelt es in der Wohnung eines der beobachteten Steuerbeamten. Er ist abwesend. Sjögren erbittet als angeblicher "Nachbar" von der Frau des Beamten für einen Augenblick den Wohnungsschlüssel, um zu versuchen, ob er damit seine Tür öffnen könne. Er gibt den Schlüssel nach wenigen Minuten mit vielem Dank als ungeeignet zurück. Den Haustürschlüssel verschafft er sich von einem anderen Mieter des Hauses als angeblicher Mitbewohner für einige Augenblicke auf ähnliche Weise. In aller Schnelligkeit hat er von beiden Schlüsseln Wachsabdrücke genommen. Der Wohnungsschlüssel gehört zu einem Patentschloss und kann nicht nachgeahmt werden. Sjögren notiert die Nummer und

lässt sich aus Deutschland einen Ersatzschlüssel kommen.

Wachs.

Unter Anwendung aller Vorsichtsmaßnahmen dringt Sjögren nun nachts in die Wohnung des Steuerbeamten ein, um die Kassenschlüssel an sich zu nehmen. Das wiederholt sich mehrfach. Immer in der gleichen Nacht probiert er die Schlüssel im Steueramt aus und bringt sie dann regelmässig wieder in die Wohnung des Beamten zurück. Inzwischen zieht der Steuerbeamte in einen noch nicht vollendeten Neubau. Jetzt erscheint Sjögren als Monteur in dem Neubau und nimmt auch hier in aller Gemütsruhe von allen Schlossern Wachsabdrücke. Auch in der neuen Wohnung setzt Sjögren seine nächtlichen Besuche bei dem Steuerbeamten fort. Schliesslich funktionieren alle Kassenschlüssel, die Generalprobe wirkt sich reibungslos ab. Nur das Patentschloss in der alten Wohnung des Steuerbeamten könnte den Täter verraten. Bei der jetzigen Wohnungsinhaberin meldet sich eines Morgens ein Schlosser mit dem Auftrag, ein neues, besseres Schloss in der Wohnungstür anzubringen. Das alte Patentschloss bringt Sjögren in seiner eigenen Wohnungstür an. Jetzt kann die Sache steigen.

-und Pech.

Alles geht nach Wunsch. Sjögren bringt eine halbe Million Kronen an sich. Vor dem Steueramt begegnet er einem Fremden, der nachher beschwor, den Steuerbeamten in der fraglichen Nacht um 3 Uhr gesehen zu haben. Sjögren hatte sich in der Nacht von Kopf bis zum Fuss wie jener eingekleidet. Am nächsten Tag leiht sich Sjögren, um nicht in den Verdacht des Besitzes irgendwelcher Mittel zu geraten, von ein paar Bekannten Beträge von 10 und 20 Kronen. Dann fährt er mit seiner Beute als Baron Bennet nach Malmö, verliert in Kopenhagen seinen Führerschein und wird bei seiner Rückkehr in Malmö verhaftet.

+ + +

BVG=Raub aufgeklärt.

Ein Täter verhaftet - Vier selber flüchtig.

SPD. Beamte der Berliner Kriminalpolizei verhafteten bei einem Ueberfall den 20jährigen Arbeiter Erwin Hildebrandt. Der ursprüngliche Verdacht seiner Teilnahme an einem kürzlich in Berlin-Mariendorf verübten Raubüberfall bestätigte sich nicht. Indessen konnte Hildebrandt nachgewiesen werden, dass er Sylvester 1931 zusammen mit mehreren Komplizen die Kasse eines Lebensmittelgeschäfts in Berlin-Schöneberg beraubt hat. Die Beute war damals nicht sehr gross gewesen. Da Hildebrandt indes noch über grössere Summen verfügte, über deren Herkunft er keine Angaben machen konnte, vermutete die Polizei, dass der Festgenommene bei dem schweren Charlottenburger Raubüberfall auf den Geldtransport der Berliner Verkehrsgesellschaft am 15. September vorigen Jahres beteiligt gewesen sein könne.

Der Bursche wurde durch eine Gegenüberstellung mit den BVG-Beamten, die den überfallenen Geldtransport begleitet hatten, überführt. Nach längerem Leugnen legte Hildebrandt ein umfassendes Geständnis ab. Er nannte als seine Komplizen den 30jährigen Erich Aftenhagen, den 23jährigen Alfons Hoheisel, den 23jährigen Chauffeur Willi Krebs und den 20jährigen Fritz Winke, sämtlich aus Berlin. Alle vier waren sofort nach Hildebrandts Festnahme aus ihren Wohnungen verschwunden. Sämtliche deutschen Kriminalbehörden und Grenzstationen fahnden nach ihnen.

Der hiermit aufgeklärte Ueberfall auf den Geldtransport der Berliner Verkehrsgesellschaft war am 15. September gegen 8 Uhr morgens vor dem Charlottenburger Rathaus in der belebten Berliner Strasse ausgeführt worden. Die Täter entrissen den BVG-Beamten eine mit 33 100 Mark gefüllte Lohngeldkiste, erschossen den 57jährigen Transportleiter Otto Meyer, der sich ihnen entgegen gestellt hatte, trugen ihre schwere Last quer durch das Verkehrsgetümmel zu ihrer wartenden Limousine und rasten davon, bevor Publikum und Polizei be-

griffen hatten, was vor sich gegangen war. Gegen Mittag wurde der Wagen in der Nähe von Potsdam leer aufgefunden.

Die Burschen verteilten ihre Beute zu gleichen Teilen. Da sie es mit peinlicher Genauigkeit vermieden, vorerst über ihr gewöhnliches Arbeitsloseneinkommen zu leben, wurden sie in keiner Weise verdächtig. Erst gegen Weihnachten ergaben sich bei Gelegenheit eines Raubüberfalls in Mariendorf die ersten Anhaltspunkte für eine Täterschaft der jetzt überführten Bande. Hildebrandts Kreuzverhöre und Vernehmungen dauerten acht Tage. Schliesslich bequeme er sich auf Zureden seiner gleichfalls zeitweilig festgenommenen Eltern zum Geständnis des Charlottenburger Verbrechens.

+ + +

Krebs=Freispruch. Die Grosse Strafkammer beim Landgericht III-Berlin sprach nach mehrtägiger Verhandlung den Heilkundigen Mehlhorn von der Anklage der fahrlässigen Tötung frei- Mehlhorn war von der Vorinstanz zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Der Angeklagte hatte eine krebskranke Frau mit Salben und Bestrahlungen behandelt. Die Patientin war gestorben. Nach der Ansicht des Schöffengerichts, das zu einer Verurteilung des Angeklagten gekommen war, bestand zwischen der Mehlhorn'schen Behandlungsmethode und dem Todesfall ein ursächlicher Zusammenhang. Die Grosse Strafkammer konnte dieser Auffassung nicht folgen, obschon einige der vernommenen Sachverständigen der Meinung waren, dass eine Operation der Patientin unbedingt am Platze gewesen wäre. Mehlhorn konnte geltend machen, dass er selbst der Patientin zu einer Operation geraten hatte, bei ihr jedoch auf hartnäckigen Widerstand gestossen war.

+ + +

Grossfeuer. Das Schützenhaus von Perleberg bei Wittenberge wurde durch Grossfeuer eingeäschert. Durch die Vereisung des Stepnitzbaches waren die Löscharbeiten der Feuerwehr ungemein erschwert.

+ + +

Freitod. In Randerath bei Aachen beging ein Notar, der der Veruntreuung beschuldigt worden war und deswegen von dem Landgericht vernommen werden sollte, Selbstmord durch Erhängen.

+ + +

Das Todesgas. In Retamares (Spanien) wurden vier Soldaten durch das einem Pulvermagazin entströmende Gas getötet, zwei lebensgefährlich vergiftet.

+ + +

Furchtbare Bluttat. In einem Anfall von geistiger Umnachtung hat in Budapest eine Frau ihre 12jährige Tochter und ihre 8jährigen Zwillingsöhne mit einem Hammer erschlagen und sich nach der Tat den Hals durchschnitten.

+ + +

Poelzig zurückgetreten. Der Architekt Professor Hans Poelzig hat sein Amt als Vizepräsident der preussischen Akademie der Künste niedergelegt. Dieser Amtsverzicht ist auf eine deutschnationale Hetzkampagne zurückzuführen, für die die deutschnationalen Kommissare im Kultusministerium natürlich ein "williges Ohr" hatten.

+ + +

Das ewige Leben... In der Wohnung eines Apothekers in Hannover wurde die Leiche einer Frau gefunden, die teilweise mumifiziert, teilweise aber stark in Verwesung übergegangen war. Die Frau ist vor Jahresfrist an einem Gallensteinleiden gestorben. Der Ehemann, der offenbar geisteskrank ist, meldete den Tod aber nicht der Behörde, sondern behielt die langsam verwesende Leiche in seiner Wohnung. Oft scheint er neben ihr geschlafen zu haben. Als Spiritist glaubte der Apotheker an eine Wiedererweckung der Toten. Er wurde in die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt gebracht.



Maschine und Mensch.

SPD. Nicht die Maschine ist der Feind des Menschen, sondern der Mensch, und einstweilen sieht es ganz so aus, als ob der Hauptverantwortliche für die Auswirkung der technischen Fortschritte auf den Arbeitsmarkt, d.h. die kapitalistische Wirtschaftsführung, auch jetzt noch nichts aus den bitteren Erfahrungen der Krise gelernt hat. Die Haltung des Unternehmertums auf der Genfer Konferenz zur Frage der internationalen Arbeitszeitverkürzung muss sehr trübe stimmen. Die Warnung vor den Gefahren der technologischen Arbeitslosigkeit werden in den Wind geschlagen.

Vor kurzem haben wir auf den Gefahrenherd im Bergbau hingewiesen. Jetzt bringt der Bergarbeiterverband neue interessante statistische Angaben über den enormen Fortschritt der Maschinenarbeit in den Gruben. Setzt sich, vor allem an der Ruhr, das Streben der Konzerne auf Konzentrierung der Förderung in einigen wenigen Zechen durch, wie wir das neuerdings in dem Kampf um die Zeche Sachsen erleben - das Ergebnis kann nur sein: phantastische Produktion bei bedeutend verminderter Belegschaft. Also Vermehrung der Arbeitslosenarmee, neue Freisetzung von Arbeitern, die keine Aussicht mehr haben, irgendwie in Arbeit zu kommen und die darum zur Verzweiflung getrieben werden. Hilfe - wenigstens den Anfang einer Hilfe - kann, wie der Bergarbeiterverband von neuem betont, zunächst nur die Arbeitszeitverkürzung, die Vierzigstundenwoche bringen. Der geringe Anteil der Lohnkosten an den Produktionskosten - in mehreren Revieren liegt der Lohnanteil sogar erheblich unter dem Stand von 1913 - ist ein Beweis dafür, dass eine Arbeitszeitverkürzung nicht nur notwendig, sondern auch wirtschaftlich durchführbar ist und an der Selbstkostenfrage nicht zu scheitern braucht.

Aber nicht nur im Bergbau - in allen Industrie- und Gewerbezweigen hat die Freisetzung von Arbeitskräften infolge der Technisierung und Arbeitsintensivierung unheimliche Fortschritte gemacht. Da ist zum Beispiel die Zementindustrie. Sie hat ihre Produktionsanlagen scharf mechanisiert, aber kein Werk kann auch nur halbwegs ausgenutzt werden. In der Ziegelindustrie ist die Dauer der Jahres-Arbeitszeit-Möglichkeit für den Ziegler von 1929 auf 1931 um 33% zurückgegangen. Auch bei der Porzellan- und Steingutindustrie, die noch meistens manuelle Arbeitskräfte beschäftigt, hat die Maschine ihren Einzug gehalten. Auf der vorjährigen Tagung der Deutschen Keramischen Gesellschaft wurde auf eine Maschine aufmerksam gemacht, die in einer Stunde 600 Stück 23-Zentimeter-Teller im Rohzustand herstellen kann. In der Flaschenindustrie gab es 1906 noch 7 600 Beschäftigte, heute sind es noch 500, und im September 1931 wurden nach Angabe der Industriellen nur 15% der vorhandenen Betriebs- und Maschinenanlagen ausgenutzt.

Auch im Sattler-, Tapezierer und Portefeullergewerbe - um ein anderes Beispiel herauszugreifen - steigt durch die Rationalisierung und Technisierung die Arbeitslosigkeit immer mehr. So wird nach Mitteilungen des Sattlerverbandes aus der Fahrzeugindustrie berichtet: In einem Auto-Karosseriebetrieb, wo weitgehend Spezialhandarbeit vorkommt, wird ein Vier-Fenster-Cabriolet hergestellt. Polsterarbeit, Aufschlagen, Verdeckbeziehen usw. 1929: 72

Stunden, 1932: 51 Stunden. Dabei arbeitet der Betrieb noch genau so wie 1929; er hat keine Verbesserungen technischer Art eingeführt. Eine süddeutsche Automobilfabrik, in der Fliess- und Bandarbeit vorherrscht, Sitzkissen polstern dauerte 1925: 180 Minuten, 1932 bei gleicher Ausführung 26 Minuten. Die Herstellung eines Rückenpolsters dauerte 1925 noch 1 Stunde, 1932 nur noch 17 Minuten. Eine Türverkleidung anmontieren dauerte 1925 noch 30 Minuten, jetzt nur noch 3 Minuten. Solche Beispiele können aus diesem Betrieb beliebig vermehrt werden, und die Betriebsvertretung hält eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden für überholt.

In der Kinderwagenindustrie war früher das Füttern eines Kinderwagenverdecks mit 100 Minuten veranschlagt. Nach Einführung der Spezialmaschine sank die Arbeitsdauer auf 60 Minuten, und die Arbeit wird jetzt von Frauen geleistet. In der Anschlägerei waren zuerst für 100 Wagen à 110 Minuten, insgesamt also 183,3 Stunden, die Norm, 1932 wurde dieselbe Arbeit in 99 Minuten verfertigt, zusammen in 165 Stunden und zwar nur noch von weiblichen Arbeitskräften, was die Lohnsumme um 55% senkte.

In der Lederwarenindustrie brauchte man, um 6 Dutzend Taschen mittleren Genres - einfacher Ausstattung - zuzuschneiden, im Jahre 1924 noch 10 Arbeitsstunden, 1932 nur noch 8 Stunden, wobei die Technisierung ausser acht gelassen ist. Für die Anfertigung von einem Dutzend Damentaschen mittlerer Grösse und Qualität bedurfte es 1924 noch 16 Arbeitsstunden, 1932 nur noch 10.

Im Kofferherstellungsbetrieb erforderte 1926 die Herstellung von 10 Stück Lederkoffer (Attache- oder Stadtkoffer) noch 20 1/3 Arbeitsstunden. Zur Zeit wird dasselbe Quantum in 10 2/3 Arbeitsstunden hergestellt. Die nahezu 100%ige Steigerung setzt sich folgendermassen zusammen: Steigerung durch Maschinisierung 70%, durch weitere Arbeitsteilung 10%, durch Arbeitsintensivierung 20%.

Und so kann Beispiel an Beispiel gereiht werden - jedes Beispiel eine eindringliche Mahnung, rechtzeitig der technologischen Arbeitslosigkeit durch energische Arbeitszeitverkürzung zu begegnen. Werden diese Mahnungen gehört werden? Wir glauben nicht.

SPD. Prachtvolle Gestalten führen bei den Kommunisten das grosse Wort. Vor dem Berliner Arbeitsgericht hat in einer Wiedereinstellungsklage gegen die Verkehrsgesellschaft einer der ärgsten Hetzer gegen den Gesamtverband, der Schaffner Beyer, Betriebsratskandidat auf der RGO-Liste, sich in der Begründung seiner Klage selbst folgendermassen porträtiert:

Die Direktion der BVG weiss, dass ich RGO-Mann bin und in der Versammlung das Wort ergreife. Deshalb will sie mich los sein. Ich gehöre zu denen, die arbeiten wollten, daran aber gehindert wurden. Am 3.11.1932 (dem ersten Schritte bei der BVG) begann mein Dienst um 7 Uhr morgens. Um pünktlich zu sein und aus Angst, ich könnte verschlafen, bin ich bereits um 4 1/4 Uhr auf dem Bahnhof gewesen, um meine Arbeit aufzunehmen.

Der Arbeitsgerichtsvorsitzende machte hier die Zwischenbemerkung: Ihre Kollegen erklärten aber, durch Terror am Betreten des Bahnhofs gehindert worden zu sein. Darauf Beyer: Ich habe den Kollegen, die mich angehalten haben, erklärt, ich müsse unbedingt mal austreten gehen. Ich kam auch bis zum Bahnhof, um mich zur Arbeit zu melden. Auf dem Wege zur Wagenhalle traf mich der Bahnhofsverwalter, er fragte mich, was ich wolle. Ich erklärte ihm, dass ich arbeiten wolle, worauf Herr erklärte: Ihr Dienst beginnt um 7 Uhr, und jetzt ist es erst 4 1/4 Uhr. Kommen Sie wieder, wenn Ihr Dienst beginnt! Ich musste also den Bahnhof verlassen, und nachher kam ich nicht mehr hinein.

Weil ich noch zur Arbeit gemeldet habe, aber vom Bahnhof verwiesen wurde, ist meine Entlassung zu Unrecht erfolgt.

Bahnhofsverwalter S., der als Zeuge vernommen wurde, bestätigte den Vorgang durch die Erklärung: Was Herr Beyer hier gesagt hat, stimmt. Beyer wurde mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen.

Der Fall Beyer übersteigt alles, was man bisher mit den RGO-Helden erlebt hat. So hündisch, so untertänig, so winselnd, wie sich dieser "Revolutionär" von der BVG vor dem Arbeitsgericht bewegte, das ist wirklich einzig in seiner Art. Und mit diesen Prachtgestalten will die RGO gewerkschaftslos Kämpfe führen!

SPD. Der Arbeitszeitschiedsspruch für die sächsisch-thüringischen Webereien - ein wahres Ungeheuer von Schiedsspruch; denn er bietet die Möglichkeit, zur Anordnung von 306 Ueberstunden über die 48-Stundenwoche hinaus - ist anscheinend selbst den Textilindustriellen des Guten zu viel. So meldet die Pressestelle des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Textilindustrie, der Schlichtungsausschuss habe die bisher zulässigen Mehrarbeitsstunden um rund die Hälfte gekürzt.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Im bisherigen Arbeitszeitabkommen hiess es (Ziffer 4): "Der Arbeitgeber ist berechtigt, im Bedarfsfall wöchentlich 3 Ueberstunden anzuordnen." Im Schiedsspruch heisst es: "Der Arbeitgeber ist berechtigt, im Bedarfsfall im Laufe eines Kalenderjahres bis zu 156 Ueberstunden anzuordnen." Während also im bisherigen Abkommen der Arbeitgeber im Höchstfall 3 Ueberstunden in der Woche anordnen durfte, gestattet der Schiedsspruch, die 156 anzuordnenden Ueberstunden auf kürzere Zeit zu verteilen.

Im Abkommen besagen die Ziffern 5 und 6: "Weitere Ueberstunden sind nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung zulässig. Verweigert die gesetzliche Betriebsvertretung die Zustimmung, so hat der zuständige Schlichtungsausschuss innerhalb drei Tage eine Entscheidung zu fällen. Bis zur Entscheidung dieser Stelle sind zunächst die angeforderten Ueberstunden zu leisten." Im Schiedsspruch heisst es: "Weitere 150 Ueberstunden sind nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung zulässig. In Streitfällen entscheidet der zuständige Schlichtungsausschuss. Bis zur Entscheidung sind die angeforderten Ueberstunden zu leisten."

Während also im bisherigen Arbeitszeitabkommen der Schlichtungsausschuss binnen drei Tagen die Entscheidung fällen musste, kann diese nach dem Schiedsspruch beliebig verzögert werden.

Schon das bisherige Arbeitszeitabkommen war eines der ungünstigsten in der ganzen deutschen Textilindustrie, und nun hat der Schiedsspruch eine weitere Verschlechterung gebracht. Eigentlich könnte das auch die Pressestelle des Arbeitgeberverbandes begreifen. Oder glaubt sie, dass es nach dem bisherigen Arbeitszeitabkommen dem Einzelunternehmer möglich war, statt 306 Ueberstunden im Jahr 612 Ueberstunden anzuordnen?

Die sächsisch-thüringischen Unternehmervertreter sehen heute ein, dass sie wenig klug handelte, als sie dem Schlichtungsausschussvorsitzenden den Schiedsspruch in die Feder diktierten. Der Spruch wurde von den Funktionären des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Bezirk Gera, Greiz, Glauchau und Merane einstimmig abgelehnt. Die Arbeiterschaft im Tarifgebiet der sächsisch-thüringischen Webereien hat sich verpflichtet, die Leistung jeder Ueberstunde zu unterlassen, solange noch arbeitslose Textilarbeiter und -arbeiterinnen den Betrieben zur Verfügung stehen.



Mineralölkollpläne.

Belastung der Schmieröle bis 288 % des Warenwertes.

SPD. Man ist allenthalben bemüht, noch vor der Eröffnung der Berliner Automobilausstellung Erleichterungen für den deutschen Kraftverkehr auf dem Gebiete der Steuern und der Treibstoffpreise durchzusetzen, um so den Erfolg der grossangelegten Ausstellung zu sichern und den Kraftfahrzeugfabriken Anregung zu geben. Die Regierung muss ihre Entscheidung bald treffen und auch so fällen, dass die gesamte Wirtschaft und nicht einzelne Interessentengruppen von den notwendigen Massnahmen profitieren. Es ist erforderlich, das zu betonen; denn die deutschen Benzinproduzenten, in der Hauptsache die I.G. Farbenindustrie (Leunaöl) und die Schwerindustrie (Benzol), haben der Reichsregierung vor einiger Zeit neue Mineralölkollpläne unterbreitet, die nicht im Interesse der Gesamtwirtschaft, wohl aber im Interesse der I.G. Farbenindustrie und der Schwerindustrie liegen.

Nach diesen Vorschlägen soll, immer pro 100 Kilogramm, das Benzin um 3,87 Mark und das Benzol um 3,60 Mark entlastet werden. Bei den Schmierölen und beim Gasöl soll jedoch eine Neubelastung von 4,80 Mark eintreten. Weiter verlangen die inländischen Treibstoffproduzenten die Aufhebung der sogenannten Mineralölausgleichssteuer, die im Frühjahr 1930 mit der Begründung eingeführt wurde, "dass sich mit der neuen Zollerhöhung für Benzin ein Mehrge-
winn für die inländische Mineralölindustrie ergebe, der ungerechtfertigt sei". Trotz Steigerung der Ausgleichssteuer in letzter Zeit, lässt sie den inländischen Produzenten immer noch einen erheblich hohen Sonderprofit. Die Kraftverkehrswirtschaft selbst ist schon an der Ausgleichssteuer deshalb interessiert, weil die Tatsache dieser Steuer die inländischen Produzenten zwingt, mit den Verbrauchern gegen eine phantastische Ueberhöhung des Benzinzolls Front zu machen.

Die Reichsregierung hat sich bis jetzt gegenüber den Forderungen der I.G. Farbenindustrie und der Schwerindustrie zurückgehalten. Die Dinge liegen jedoch so, dass die Kraftverkehrswirtschaft bei uns während des Sommers durch Abbau der überhöhten Benzin- und Oelpreise entlastet werden muss. Dabei besteht immer die Gefahr, dass die Schwerindustrie und die Grosschemie ihre Pläne dennoch durchsetzt. Das wäre für unsere Kraftverkehrswirtschaft ein Unglück.

Grundsätzlich muss gesagt werden, dass es verhängnisvoll wäre, die Schmieröl- und Gasölkölle nur darum für steigerungsfähig zu halten, weil die Zölle für Benzin und Benzol noch höher sind. Nicht eine Anpassung nach oben kommt in Frage, sondern die übersteigerten Zölle müssen wieder auf einen Normalstand herunter gebracht werden. Die Begründung einer Zollerhöhung für Schmieröl und Gasöl mit fiskalischen Notwendigkeiten darf nicht darüber hinweg täuschen, dass diese Argumente nur eine Kulisse darstellen, hinter der sich der eigentliche Zweck der Preissteigerung verbirgt. Die Preisverteuerung kann nur eine finanzielle Besserstellung der Erzeuger zur Folge haben. Das gilt insbesondere für Steinkohlenteeröl, das trotz vorhandener Produktionsmöglichkeit - nach Angaben aus Kreisen der Teerölindustrie wurden 1931 nur 16 000 Tonnen,

d.h. etwas über 5 % der Teerölerzeugung als Treiböle verbraucht - infolge man-
gelnder Eignung nur in sehr beschränktem Umfang als Motorenbetriebsstoff Ver-
wendung finden kann und Verwendung gefunden hat.

Der deutsche Schmierölverbrauch, der unter den Einwirkungen der Krise er-
heblich zusammengeschrunpft ist, dürfte sich gegenwärtig auf etwa 270 000 Ton-
nen (davon ca. 78 % aus Import und 22 % aus Inlandsproduktion) belaufen. Rund
ein Fünftel dieser Menge entfällt auf den Kraftverkehr. Was man diesem also
durch die Benzinpreismässigung geben würde, steuert man ihm durch den Schmier-
ölzoll zum Teil wieder weg. Schmierölverbraucher sind sämtliche auf Maschinen-
kraft angewiesene Zweige der Industrie und des Gewerbes, der Landwirtschaft
und des Verkehrs. Eine Verteuerung der Schmieröle, die je nach Qualität 5 bis
15 % des Preises betragen würde, käme also einer Verteuerung der Produktions-
kosten des überwiegenden Teiles der Volkswirtschaft gleich. Würde dem Antrag
auf Erhöhung des Schmierölzolls stattgegeben werden, so würde die fiskalische
Belastung bei diesen Hauptschmierölartern künftig 177 bis 288 % des Warenwertes
ausmachen!

Durch die verlangte Zollerhöhung würde auch ein aussichtsreicher Indu-
striezweig, der Bau von Dieselmotoren, bedenklich gestört werden. Im Jahre
1924 wurden in Deutschland etwa 1800 Dieselmotoren abgesetzt. Bis 1931 hat sich
der Absatz auf über 3 000 Motore gesteigert. Trotz der Schwere und der langen
Dauer der Wirtschaftskrise hat der Dieselmotorbetrieb kaum eine Beeinträchti-
gung erfahren. Eine Verteuerung dieser Maschinenkraft für die Verbraucher und
für den Motorenbau muss schwere Schädigungen nach sich ziehen. Leidtragende
des höheren Gasölzolls wären Zehntausende von industriellen, gewerblichen und
landwirtschaftlichen Betrieben, in denen sich der Dieselmotor einen hervor-
ragenden Platz erobert hat. Ebenso gross müsste der Nachteil für die mittel-
und kleingewerblichen Betriebe sein, für die eine Verteuerung der Energieko-
sten vielfach einem Zwang zur Betriebsumstellung mit allen sich daraus er-
gebenden Schädigungen gleichkäme. Ausserdem würden sich Exportschädigungen
ergeben, da der Dieselmotorenbau viel für das Ausland arbeitet. Die hochqua-
lifizierte Motorenindustrie kann ihre Führerstellung auf dem Weltmarkt im Kampf
gegen schärfste Konkurrenz nur dann behaupten, wenn ihr der Inlandsmarkt in
weitestem Umfang erhalten bleibt.

SPD. Vor einigen Tagen veranstaltete der "Ausschuss zur Hebung der Land-
wirtschaft der Niederlausitz eine Notkundgebung in Cottbus, in der u.a. der
Landbundführer und Rittergutsbesitzer von Saher - Kreis Spremberg sprach.

Es ist jener Rittergutsbesitzer von Saher, der in den Landbundversamm-
lungen immer wieder erzählt, dass die preussischen Könige den Landwirten Kre-
dite zu 2 und 1 % zur Verfügung gestellt hätten. Dabei vergisst Herr v. Saher
mitzuteilen, dass diese billigen Kredite der preussischen Könige wohl an Rit-
tergutsbesitzer, nicht aber an Bauern gingen. Herr v. Saher vergisst auch mit-
zuteilen, dass er der Aufsichtsratsvorsitzende einer Bank, der Landwirtschaft-
lichen Kredit- und Sparbank G.m.b.H. in Cottbus ist, die von ihren Kunden sogar
20 % an Zinsen gefordert hat. Das nur zur Charakterisierung des Herrn v. Saher.

In der erwähnten Nottagung in Cottbus führte Rittergutsbesitzer v. Saher
u.a. folgendes aus: "Er sei am Mittwoch als Landbundführer in Berlin gewesen
und als man Hindenburg unterrichtet habe, dass trotz Notverordnungen immer noch
Versteigerungen stattfinden, habe er sich zur Konfrontierung das Kabinett kom-
men lassen und erklärt:

"Bis morgen 10 Uhr verlange ich militärische Meldung, dass alle Ver-
steigerungen aufhören".

Wir wissen nicht, ob Rittergutsbesitzer von Saher auch hier nicht flunkert, wie mit den Zinsen der preussischen Könige. Sache der Reichsregierung wird es sein, die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten. Allerdings, so müssen wir feststellen, sieht die Erweiterung des Vollstreckungsschutzes ganz so aus, als ob Herr v. Saher nicht geflunkert hat.

SPD. Die dringende Notwendigkeit der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 6. Dezember 1932 beantragten Umgestaltung der Bürgersteuer wird schlaglichtartig durch folgende Tatsachen bestätigt:

Das aus Nationalsozialisten bestehende Staatsministerium in Anhalt hat mit einem Erlass vom 29. Dezember 1932 angeordnet, dass 1933 im Freistaat Anhalt generell 900 % Zuschlag vom Landessatz der Bürgersteuer zu erheben sind. Durch Erlass vom 19. Oktober 1932 war dieser Zuschlag für 1933 vom gleichen Ministerium auf 600 % festgesetzt. Da die Steuerkarten für 1933 bereits ausgegeben worden sind, wurden die Arbeitgeber angewiesen, abweichend von der Anforderung auf der Steuerkarte 900 % Bürgersteuerzuschlag vom Lohn in Abzug zu bringen. In der niedrigsten Beitragsklasse ist das eine jährliche Belastung von 54 Mark.

SPD. Der Reichslandwirtschaftsminister hat am Donnerstag abermals eine Erklärung über seine Getreidepreisstützung abgegeben, aus der hervorgeht, dass der Minister aus dem Verlauf der ganzen Stützungsaktion nichts gelernt hat und auch nichts lernen will.

Der Minister ist der Auffassung, "dass, gemessen an einigermaßen normalen Gebrauchsverhältnissen, eine Überproduktion noch nicht vorhanden ist; es bestehen vielmehr nur Absatzschwierigkeiten, weil infolge der grossen Arbeitslosigkeit die Konsumkraft der Bevölkerung gesunken ist. Die Getreidemengen, die aus diesem Grunde keinen Absatz finden können, nimmt die Stützungsstelle fortlaufend auf. Sie wird das auch weiterhin tun und die aufgenommene Ware dem Markt, zum mindesten für die Dauer dieses Getreidewirtschaftsjahres, fernhalten; es sei denn, dass eine so starke Belebung des Arbeitsmarktes eintritt, dass die Heranziehung der Stützungsmengen notwendig oder doch ohne Gefährdung der angemessenen Preisbildung möglich ist."

Diese Auslassungen des Ministers sind geradezu ein Dokument. Es wird in einer Form, deren Brutalität auffällt, gesagt, dass die Preise ohne Rücksicht auf die hungernden Millionen in Deutschland überhöht gehalten werden sollen. Der Minister wird also seine Stützungsaktion fortsetzen d.h. jede Menge von Getreide, die ihm an der Berliner Börse angeboten wird, zu künstlich hohen Preisen aufkaufen. Die aufgekauften Mengen sollen in diesem Jahre auch nicht auf den Markt kommen. Obwohl Zehntausenden von Bauernwirtschaften, die jetzt die überhöhten Futtermittelkosten zahlen müssen, sehr viel daran gelegen wäre, die aufgekauften Getreidemengen billig als Viehfutter verwenden zu können. Obwohl die durch den Reichslandwirtschaftsminister überhöhten Futtermittelkosten Zehntausende von Bauernbetrieben in die Pleite treiben. Obwohl in Deutschland Millionen Menschen hungern.

Aber, so fragt man sich unwillkürlich, was will der Reichslandwirtschaftsminister mit den aufgekauften riesigen Getreidemengen zuguterletzt anfangen? So viel hat der Reichslandwirtschaftsminister begriffen, dass der Getreidekonsum in Deutschland durch die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. Begriffen hat er noch nicht, dass die überhöhten Getreidepreise, für deren Hochhaltung das Geld der Steuerzahler benutzt wird, den Rückgang des Getreideverbrauchs weiter verschärfen. Dieser unvollkommenen Erkenntnis entsprechen

auch die Rezepte des Reichslandwirtschaftsministers. Er hofft darauf, dass die Arbeitslosigkeit schwindet und dass der Getreideverbrauch sich so steigert. Die Preise will der Minister aber unter keinen Umständen abbauen. Man muss schon sagen, dass diese Rezepte mehr als problematisch sind. Die Bestände an Brotgetreide in Deutschland sind immerhin so gross, dass sie ohne eine erhebliche Preisermässigung, allein durch eine blosse Besserung auf den Arbeitsmärkten nicht beseitigt werden können. Also wird dem Reichslandwirtschaftsminister nichts anderes übrig bleiben, als die Bestände mit in das nächste Jahr zu übernehmen. Wenn die Ernte im Jahre 1933 aber auch nur annähernd so gut ausfällt wie die Ernte im Vorjahr, dann müssen sich die Schwierigkeiten weiter steigern. Der Sinn der ganzen Erklärung ist, dass man im Reichslandwirtschaftsministerium mit einer schlechten Ernte rechnet. Man spekuliert sozusagen auf den lieben Gott, dass er die jungen Saaten in diesem Winter erfrieren lässt. Anders kann ja keine Aenderung erfolgen, da sich die Anbauflächen infolge der hochgehaltenen Getreidepreise stark erweitert haben. Wenn der liebe Gott aber dem Reichslandwirtschaftsminister nicht den Gefallen tut, was dann? Dann bleibt dem Minister nichts anderes übrig, als sein teuer aufgekauftes Getreide in die Spree zu schütten.

SPD. Nach Mitteilungen des Konjunkturforschungsinstituts haben seit Anfang 1932 die Konkurse und Vergleichsverfahren rasch zugenommen. Die Wechselproteste verminderten sich stärker als der Wechselumlauf. Andererseits scheinen die angemeldeten Konkurse und Vergleichsverfahren für die Gläubiger mit ungünstigeren Ergebnissen abzuschliessen als in früheren Jahren. Nach Berechnungen des Statistischen Reichsamts betrug die durchschnittliche Vergleichsquote bei den beendeten Vergleichsverfahren im Jahre 1931 rund 51 Prozent. Im Grossen und Ganzen ist in Industrie, Handel und Handwerk eine Besserung der Kreditsicherheit festzustellen. Die Gläubiger der Landwirtschaft müssen aber nach wie vor damit rechnen, dass grosse Teile ihrer Forderungen an die Landwirtschaft uneinbringlich sind.

Die Zahl der Insolvenzen ist gegenwärtig wieder annähernd auf den Stand an der Jahreswende 1927/28 zurückgegangen. Sie ist also nicht mehr grösser als zurzeit der Hochkonjunktur. Von Anfang 1928 bis Ende 1932 sind bei den deutschen Amtsgerichten rund 71 000 Konkursanträge gestellt worden; davon mussten rund 20 500 (= 29 v.H.) mangels Masse abgelehnt werden. Ausser dem wurden in der gleichen Zeit rund 30 200 Vergleichsverfahren eröffnet.

SPD. Der Verband sozialer Baubetriebe kann für das Ende Juni 1932 abgelaufene Geschäftsjahr einen kleinen Ueberschuss von rund 187 Mark aufweisen. Allerdings standen für den Ausgleich des eingetretenen Verlusts in Höhe von 115 445 Mark ein Vortrag aus dem Vorjahre von 115 651 Mark zur Verfügung. Im Geschäftsbericht wird auf den Mangel an Zwischenkrediten, die hohen Zinsen, die 1931 zeitweise 15 bis 20 Prozent betragen, und auf die schädlichen Auswirkungen der Hauszinssteuerexperimente hingewiesen. Die dem Verband angeschlossenen 128 Betriebe haben sich, gemessen mit den Verhältnissen in der privaten Bauindustrie, als krisenfest erwiesen. Aber der Umsatz ist mit 68,46 Millionen Mark auf den Stand von 1925 bzw. 1926 gefallen. Im Jahresdurchschnitt konnten nur 10 038 Angestellte und Arbeiter beschäftigt werden gegenüber 15 756 im Jahresdurchschnitt 1930. Die ausgezahlte Lohnsumme stellt sich auf 22,82 Millionen Mark. Einem Gesamtvermögen von 75,82 Millionen Mark stehen Verbindlichkeiten von 58,40 und Rückstellungen in Höhe von 4,92 Millionen Mark gegenüber.

Stützung bis zur Bewusstlosigkeit.

 (Berliner Getreidebörse vom 19. Januar)

SPD. Die Erklärungen des Reichslandwirtschaftsministers, die Getreidepreisstützung unter allen Umständen fortzusetzen, hatte am Donnerstag zu einer Einschränkung des in den letzten Tagen stark angewachsenen Brotgetreideangebots geführt. Es ist also dieselbe Entwicklung eingetreten, wie sie bis jetzt nach jeder entsprechenden Erklärung des Reichslandwirtschaftsministers festzustellen war und der leider niemals grosse Dauer beschieden gewesen ist. Prompte Ware wurde am Donnerstag zu unveränderten Preisen gehandelt. Das Angebot war etwas geringer als in den Vortagen. Als Käufer betätigten sich in der Hauptsache die Stützungsstellen. Grössere Entlastung trat auf dem Lieferungsmarkt ein, wo die Roggennotierungen etwas schwächer lagen als am Vortag.

	<u>18.1.</u>	<u>19.1.</u>
	(ab märkische Station i. Mk.)	
Weizen	184 - 186	184 - 186
Roggen	150 - 152	150 - 152
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industriergerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	111 - 114	111 - 114
Weizenmehl	22,75 - 26,00	22,75 - 26,00
Roggenmehl	19,60 - 21,60	19,60 - 21,60
Weizenkleie	8,75 - 9,00	8,75 - 9,00
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 201 - 201½ Geld (201), Mai 203 - 203½ (203). Roggen März 160½ - 160¼ - 161 (160¾), Mai 162½ - 163½ (163). Hafer März - bis 121 ½ (121), Mai - (124).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Die notierten Preise sind Abgabepreise in Rpf an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. (Festgestellt von der amtl. Berliner Eiernotierungskommission am 19. Januar.)
A. Inlandseier: Deutsche Handelsklasseneier: a) G1 (vollfrische Eier) Sonderklasse 65 g und darüber 10, Grösse A unter 65 - 60 g 9, Grösse B unter 60 - 55 g 8, Grösse C unter 55 - 50 g 7,25, Grösse D unter 50 - 45 g 6,25; b) G2 (frische Eier), Sonderklasse 9,50, Grösse A 8,50, Grösse B 7,50, Grösse C 6,75, Grösse D 6. Deutsche sortierte Eier: vollfrische Sonderklasse 9,75, Grösse A 8,75, Grösse B 7,75. Deutsche unsortierte Eier 7,50 - 8; deutsche abweichende, kleine, mittlere und Schmutzeier 5,75. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 8,75 - 9, 17er 8,25 - 8,50, 15½ - 16er 7,25 - 7,50, leichtere 6,25 - 6,75. Finnländer, Estländer und ähnliche Sorten 18er 8,50 - 8,75, 17er 8 - 8,25, 15½ - 16er 7,25 - 7,50, leichtere 6,25 - 6,75; Holländer, Belgier und ähnliche Sorten 60 - 63 g 7,75 - 8, 56-59 g 7,25 - 7,50, Rumänen 6,50 - 6,75, Ungarn, Jugoslawen 6,50 - 6,75, kleine, Mittel- und Schmutzeier 5,50 - 5,75.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,15 - 1,30, Rote Kartoffeln 1,30 - 1,40; andere Gelfleischige 1,40 - 1,55, Fabrikkartoffeln 8 Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.

Die deutsche Frau

BEILAGE DES S.P.D.

Nr. 6

Stuttg., den 19. Januar 1933.

Das Staatsangehörigkeitsproblem.^x

SPD. Als im Oktober des vergangenen Jahres die 13. Völkerbundsversammlung in der Frage des Staatsangehörigkeitsrechtes der verheirateten Frau eine Entschliessung annahm, die zwar keinen vollen Erfolg für den Frauenstandpunkt zu diesem Problem, doch immerhin einen Schritt vorwärts bedeutete, da erwuchs den deutschen Frauen eine Aufgabe, die sie nun mit voller Kraft in Angriff nehmen müssen. Deutschland gehört zu den Ländern, die auf diesem Gebiet ausserordentlich rückständig sind. Tausende von Frauen, die einen Ausländer geheiratet haben und dadurch staatenlos geworden sind, haben in den letzten Jahren die Bitterkeit und Schwere eines Schicksals erfahren müssen, das die Folge dieser Rückschrittlichkeit war. Nachdem nun aber in Genf die Grundlage für eine vernünftige internationale Regelung gelegt worden ist, darf Deutschland nicht länger säumen, eine Gesetzgebung einzuleiten, die der deutschen Frau das Recht erhält, das ihr in die Wiege gegeben wurde, nämlich deutsche Staatsangehörige zu bleiben.

Die internationale Regelung des Staatsangehörigkeitsrechtes der verheirateten Frau hat in den letzten Jahren ein wechselvolles Schicksal erlebt. Man hatte schon in den ersten Nachkriegsjahren erkannt, dass gerade dieses Problem für eine internationale Regelung geeignet und dringlich ist. So hat man als einen der wesentlichen Punkte im Jahre 1930 dieses Problem auf die Tagesordnung der Haager Staatsrechtskonferenz gesetzt. Die Haager Konvention, die zwar in manchen Punkten die Frauen nicht recht befriedigen konnte und bei vielen Gruppen stürmischen Protest hervorrief, weil sie nicht mit dem Grundsatz brach, dass die Staatsangehörigkeit der Frau sich nach der des Mannes zu richten habe, brachte doch gewisse Erfolge. Sie besagt in ihren wesentlichsten Bestimmungen, dass eine Frau nach ihrem Heimatrecht ihre Nationalität nur dann durch Heirat verlieren soll, wenn sie gleichzeitig diejenige ihres Mannes erwirbt, ferner, dass die gleiche Voraussetzung für den Fall des Verlustes der Staatsangehörigkeit der Frau durch Uebergang ihres Mannes in einen andern Staatsverband während der Ehe gelten soll, schliesslich, dass ein Wechsel in der Nationalität der Frau nicht ohne deren Zustimmung erfolgen darf. Staatenlosigkeit und Doppelstaatlichkeit der Ehefrauen sollen also vermieden werden, und in den zur Haager Konvention angenommenen Resolutionen wird auch den Staaten eigens empfohlen, in ihrem Staatsangehörigkeitsrecht, besonders auch im Hinblick auf die Kinder, den Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter aufzunehmen.

Die Unzufriedenheit weiterer Frauenkreise, vor allem der Inter-American Commission of Women und der Internationale für gleiches Recht, die bei den Völkerbundsvertretern von Guatemala, Peru und Venezuela eine starke Unterstützung fand, führte zur Bildung eines beratenden Frauenausschusses und zu einer Umfrage bei den im Haag vertretenen Regierungen. Das Ergebnis der Umfrage zeigte, dass drei Staaten, nämlich Norwegen, Brasilien und Monaco, die Haager Konvention bereits ratifiziert hatten; sechs Staaten standen vor der Ratifizierung, und 16 Staaten, darunter Deutschland, sprachen sich aus technischen und anderen Gründen gegen die Einberufung einer neuen Konferenz aus.

Vor der letzten Völkerbundstagung trat dann der Frauenausschuss zusammen zur Formulierung seiner Forderungen. Es war bedauerlich und beschämend, dass auch dann unter den Frauen eine Einigkeit noch nicht zustande kam und so dem Völkerbund zwei verschiedene Denkschriften unterbreitet werden mussten. Die Denkschrift der gemässigten Frauengruppe, die vom Internationalen Frauenbund, vom Weltbund für Frauenstimmrecht, vom Akademikerinnenbund und von der Union Mondiale überreicht wurde, verneint die Frage, ob die Haager Konvention das Maximum darstelle, das im Augenblick erreicht werden könne, und appelliert an den Gerechtigkeitssinn des Völkerbundes. Die extreme Frauenrichtung fordert die Ausmerzung der die Gleichberechtigung der Frauen in Frage stellenden Artikel der Konvention und die Vorbereitung eines neuen Abkommens. Der ersteren Forderung schloss sich schliesslich die gemässigte Richtung in einem gemeinsamen Schritt noch an. Nach langen Verhandlungen und Vorbereitungen in den Kommissionen nahm dann die Plenarversammlung des Völkerbundes eine Entschliessung an, in der die Hoffnung auf Ratifizierung des Haager Abkommens durch die Staaten ausgesprochen und die Aufmerksamkeit der Staaten darauf gelenkt wird, eine Gesetzgebung im Sinne der Frauenwünsche zu erlassen. Der Völkerbundsrat wird aufgefordert, den Gang der öffentlichen Meinung zu beobachten und gegebenenfalls neue internationale Massnahmen einzuleiten, und schliesslich soll der Generalsekretär des Völkerbundes sich in gewissen Zeiträumen bei den Regierungen nach den Schritten erkundigen, die im Sinne der Gleichberechtigung beider Geschlechter zur Lösung dieses Problems erfolgt sind.

Es wird endlich Zeit, dass diese Frage auch in Deutschland einer endgültigen Lösung zugeführt wird. Zweifellos wird Deutschland in absehbarer Zeit die Haager Konvention ratifizieren. Darüber hinaus aber wird es Sache der Frauen sein, endlich die Möglichkeiten und auch stimmungsmässig die Voraussetzungen zu ebnen, die zu einer Umgestaltung der Gesetzgebung im Sinne der vollen Gleichberechtigung der Frauen auf diesem Gebiete führen.

Das Orangenbäumchen.^x

SPD. Seit dem frühen Morgen waren die Vorzimmer des Schlösschens Malmaison überfüllt. Ein buntes Durcheinander von Kaufleuten, Sammlern, Fabrikanten, Händlerinnen und Bittstellern hatte sich seit Stunden hier niedergelassen und wartete sehnsüchtig auf den Augenblick, wo sie ihre Waren, ihre Sammlungen und Kostbarkeiten, ihre Tiere und Blumen anpreisen konnten. Ein belgischer Kaufmann zeigte mehrere Ballen herrlicher Brüsseler Spitzen. "Das Kostbarste vom Kostbareren! Das Neueste vom Neuen! Noch niemals hat Frankreich etwas Derartiges gesehen!" Er wies auf ein wundervolles, elfenbeinern schimmerndes Muster, das sich zart und fremdartig von der unterlegten, in Rot getönten Seide abhob. Neben ihm stand ein Schuhfabrikant, der bereits eine ganze Auslage entzückender Pantöffelchen, zierlicher Schuhe und eleganter Damenstiefel aufgebaut hatte. "Etwas ganz Exquisites!" Er deutete auf ein Paar winziger Ballschuhe. Sie waren bis zu den Absätzen vergoldet und zeigten als einzigen kostbaren Schmuck eine aus Rubinen gebildete Krone. An der Fensterfront sah man eine reichhaltige Auswahl von Kaschmirschals, elfenbeinerne Fächer, Hüte, Seidenstrümpfe, Handschuhe, feinste seidene Wäsche mit luxuriösen Stickereien und endlich eine Fülle von Schmuckgegenständen: Ringe, Perlen, Armbänder, Ketten, Ohrgehänge, Medaillons und als grösste Kostbarkeit ein schmales goldenes Diadem, das mit Brillanten besetzt war.

Unter den Anwesenden befand sich auch eine armselig gekleidete Bäuerin mit ihrem Kinde. Sie hatte ein Bittgesuch in den Händen, und ihre unruhigen, sorgenvollen Blicke suchten unaufhörlich die geschlossene Tür, die sich seit

Stunden nicht öffnen wollte. Das Kind aber lief eifrig vom Einen zum Andern und betrachtete die ausgestellten Waren. Jetzt stand es bei einem älteren Händler, der ein kleines Orangenbäumchen auf den Armen hielt. Sehnsüchtig hob sich das Kind auf die Zehenspitzen und griff verlangend und hungrig nach den goldgelb leuchtenden Früchten. Aber der Mann lachte laut auf. "Das ist nichts zum Naschen!" sagte er. "Die Früchte habe ich aus Seife gemacht - das ganze Orangenbäumchen besteht aus feinsten, parfümierter Seife - hat mich viel Zeit und Geduld gekostet...."

Er unterbrach sich und verbeugte sich tief, denn eben rissen zwei Lakaien die Tür auf. Eine kleine, rundliche, aber sehr anmutig wirkende Frau trat ein. Ihr Gesicht war sorgfältig geschminkt und gepudert, und über dem dunkelgebärbten Haar lag kokett ein zarter Spitzenschleier. Es war Josephine, die geschiedene Gattin Napoleons. Huldvoll und liebenswürdig nickte sie nach allen Seiten. Dann trat sie rasch und lebhaft auf die Auslage der Kaschmirschals zu und liess sich eins der kostbaren Tücher um die Schultern legen. Ohne nach dem Preise zu fragen, nickte sie dem beglückten Kaufmann freundlich zu und wandte sich zu den andern Verkäufern. Ball- und Strassenschuhe, Wäsche, Schmuck, Spitzen - alles verschwand innerhalb weniger Minuten. Unaufhörlich trugen die Diener die Waren hinaus, während die Hofdame leise auf die Händler einsprach und mit ängstlicher Miene Zahlen notierte. Dann trat sie auf die Kaiserin zu und reichte ihr mit bedeutungsvollem Blick das Papier. Aber Josephine hob lächelnd die ringgeschmückte Hand und winkte ab. Sollte sie sich etwa auch diese ihre einzige, ihre letzte Freude nehmen lassen? Bezog sie nicht vom Staate drei Millionen jährlicher Rente, zu der Napoleon noch aus seiner Zivilliste eine weitere Million gefügt hatte? Immer heller und glücklicher wurde Josephines Gesicht. Mit strahlendem Lächeln wandte sie sich von neuem ihren Besuchern zu. Die beiden musikalischen Äffchen, das künstliche Orangenbäumchen, Singvögel, ein sprechender Papagei, exotische Gewächse, seltene Blumenkreuzungen - alles fand ihren ungeteilten Beifall. Mit zitternden Fingern schrieb die Hofdame die Wünsche ihrer Herrin auf. Sie dachte an die Wutanfälle des Kaisers, der seit Jahren vergeblich versuchte, die unbeherrschte Kauflust Josephines einzudämmen. Nochmals warf sie der Kaiserin einen flehenden, mahnenden Blick zu. Aber Josephine lachte laut auf und klatschte in die Hände. "Ich kaufe alles", sagte sie mit einer grosszügigen, abschiednehmenden Handbewegung. Dann schickte sie sich an, das Zimmer zu verlassen.

In diesem Augenblick stürzte die Bäuerin mit ihrem Kinde vor. Flehend streckte sie der Kaiserin ihre Bittschrift entgegen. Das Kind, unvermutet aus seinem Spiel mit den hübschen, noch nie gesehenen Gegenständen herausgerissen, weinte laut und bitterlich. Josephine beugte sich freundlich zu ihm herab und strich ihm mit einer leichten, scherzhaft-anmutigen Bewegung über das Naschen. Dann ergriff sie mit schnellem Entschluss das Orangenbäumchen, das sie eben gekauft hatte, und drückte es dem Kinde in die Hände. Eine Sekunde später hatte sie das Zimmer verlassen.

Die Händler packten die Reste ihrer Waren zusammen. Das war wieder einmal ein glänzendes Geschäft gewesen. Selbst wenn der Kaiser die Summen zusammenstrich, wie er es manchmal getan hatte, blieb noch genügend Verdienst. "Vive Josephine! Lang lebe unsre Kaiserin Josephine!"

Die Bäuerin verliess als letzte das Zimmer. Als das hohe gusseiserne Parktor sich hinter ihr geschlossen hatte, ging sie planlos und unschlüssig einige Schritte auf der breiten Fahrstrasse vorwärts. Dann setzte sie sich mit ihrem Kinde an den Rand der Böschung und starrte vor sich hin. Dahinten in der Ferne, viele Stunden weit, lag ihre Heimat, in die sie nun unverrichteter Dinge zurückkehren sollte. Zwar hatte die Hofdame ihr zugesagt, das Bittgesuch der Kaiserin zu unterbreiten. Aber mit dem hellsichtigen, starken Gefühl des naturnahen, völlig unverbrauchten Menschen hatte die Bäuerin bereits im Trubel des Vorzimmers klar erkannt, dass sie hier keine wirkliche

Hilfe erwarten durfte. Und was sie, halb betäubt von märchenhaftem Reichtum und unvorstellbarem Luxus, empfunden hatte, das wurde ihr jetzt, als sie allein am Rande der Strassenböschung sass, zu verzweifelter Gewissheit.

Auch das Kind war verstummt. Krampfhaft hielt es das Geschenk Josephines in den Händen. Es hatte Hunger und Durst, aber es wagte nicht, etwas zu sagen. Ein lieblicher, süsser Duft stieg aus dem Orangenbäumchen empor - sicherlich hatte der Mann nur gescherzt, als er sagte, das seien keine richtigen Früchte! Ein rascher Seitenblick auf die Mutter, die immer noch unbeweglich vor sich hinstarrte, dann schlug das heiss hungrige Kind die kleinen, weissen Zähne in die verheissungsvoll leuchtenden Früchte. Ein widerlicher, scharfer Seifengeschmack brannte ihm auf der Zunge. Das Kind stiess einen schrillen, spitzen Schrei aus. Das Orangenbäumchen fiel zur Erde. Die Bäuerin fuhr zusammen und wandte den Kopf. Mit einem seltsamen Blick streifte sie das Orangenbäumchen, das vor ihr im Staube lag. Plötzlich sprang sie wie rasend auf und schüttelte drohend die Fäuste nach dem Schlosse hinüber, das aus leuchtendem Blumenschmuck und zierlich geschnittenem Strauchwerk durch das Dunkel der Parkbäume zu ihr herüberblickte. Es war nur ein Augenblick, ein Bruchteil einer Sekunde. Dann liess sie die Arme sinken. Die braune, verarbeitete Handfuhr verwirrt über die Schläfen, als verstände sie nicht, was hinter ihnen vorgegangen sein mochte. Mit grossen, erschrockenen Augen verfolgte das Kind ihre Bewegungen.

Endlich wandte sich ihm die Mutter zu. Mit einer mühsamen, müden Gebärde bedeutete sie der Kleinen, das Geschenk der Kaiserin aufzuheben. Aber das Kind umfasste nur zögernd die ihm verleidenten Früchte, auf deren hellen, leuchtenden Farben jetzt ein hässlicher, grauer Schimmer, der Staub der Landstrasse, lag. "Ich habe Hunger....", sagte es leise und scheu. Die Mutter presste die Lippen zusammen. Dann fasste sie ihr Kind an der Hand und ging, erst langsam und gebeugt, dann mit immer schnelleren Schritten die endlose, graue Strasse entlang heimwärts.

Else Möbus.

"Unser geliebter Kaiser".^x

SPD. "Wir wissen ja nur zu gut; dass alles, was uns einst gross und glücklich machte, von den Hohenzollern kam, und darum ist die Liebe und Verehrung zu unserem Kaiser und seinem Hause nicht aus unserem Herzen zu reissen. Im Gegenteil, war sie in den Tagen des Glanzes heiss und glühend, so ist sie es im Unglück nun erst recht!"

Aus den Reden eines wildgewordenen Stammtisches bei Kriegsausbruch 1914? Oh nein, diese Betrachtung stammt mitten aus unsrer Zeit und ist noch eine der harmlosesten "Stimmen aus dem Leserkreise" in der Weihnachtsnummer einer führenden schlesischen deutschnationalen Zeitung, die besonders in Breslauer Universitätskreisen gehalten wird. Also lohnt es sich wohl schön, diesem Chor einmal zu lauschen, und vielleicht nicht nur auf seine erheitern den Wirkungen hin. Denn wenn auch sicher der Eifer für das geliebte Herrscherhaus die Zahl der Sehnsuchtsverzehrten mit reichlich verklärten Masstäben misst - "Sicher gibt es schon heute Millionen Deutsche, die mit Freuden in die Forderung einstimmen: Lasst unseren Kaiser nach Hause kommen" -, so muss doch eigentlich schon allein die Tatsache befremden, dass heute eine grosse Zeitung ohne weiteres eine Rubrik "Für die Rückkehr des Kaisers" bringt. Welche andre Republik würde sich solche Scherze gefallen lassen?

Schliesslich ergehen sich ja aber auch die "Stimmen" nicht nur in drollige Gemütsrülpsen, in kleinen Arien über das jammervolle Schicksal des "in Leid und Sorge ob der Verleumdungen unsrer geistesverwirrten Zeit ergrauten Kaisers". Da ist nicht nur Grossmütterchen mit dem warnend erhobenen

Zeigefinger, das weint: "Vielleicht geht es uns Deutschen so schlecht, weil wir so schlecht und ungerecht an unseren Hohenzollern gehandelt haben, und noch handeln," oder jener Dr.h.c., der auf einem schamhaften Umweg über die nicht unbeträchtlichen Einkünfte des ehemaligen Herrschers an die Sehnsucht der den Hof beliefernden Landeskinder appelliert; da sind auch Stimmen, die zwar vorsichtigerweise anonym, aber dafür umso kecker herauskrähen dürfen: "Wer unternimmt etwas, was unsern Kaiser wieder in die Heimat zurückbringt?", oder: "Heran an die Frage, und zwar nicht nur von privater, sondern auch von der Regierungsseite her, damit dem Zustand des unfreiwilligen Aufenthalts Wilhelms II. endlich ein Ende gemacht werde!"

Solche kernigen Stosseufzer liessen sich noch in Massen zitieren. Es mag eben nur einer ganz bestimmten Sorte erlesener Geister vorbehalten sein, sich da überhaupt einfühlen zu können. Oder vielleicht muss man vorher dazu das in der gleichen Nummer des Blattes angepriesene Buch studiert haben: "Der Heiland vom Hakenkreuz ist unser deutscher Gott".

Wir Andern aber, die wir nicht so gebildet sind und daher nicht mit einstimmen können in den Ruf: "Unser geliebter.....hurra,ra,ra!", wollen deshalb doch nicht unsre Hände falten und andächtig darauf warten, ob sich etwa wirklich jemand findet, um auch nur eine rühmensewerte Grosstat Wilhelms II. anzuführen, der ein blühendes Reich übernommen hatte und vor Trümmerhaufen und Heldentod flüchtete. Und wir wollen nicht länger vergebens darauf lauern, ob nicht einmal ein Zeichen der vielgepriesenen grangebeugten Liebe und des Mitgeföhls aus Doorn dringen werde, vielleicht gar eine Spende für die Millionen bettelend gewordener Landeskinder. Sondern wir wollen lieber derartigen gemischten Chören, ob sie nun frisch und frei von Grossmütterchen angestimmt werden oder von Herrn ehemaligen Hoflieferanten oder von einem achtzigjährigen Dr.h.c., sofort unsre "Stimmen" entgegenhalten und die Sehnsuchtsrufe mit der gleichen fröhlichen Selbstverständlichkeit im Keime niederschmettern!!

E.B.

----- Wie behandle ich Erfrierungen?^x -----

SPD. Bei so plötzlich eintretender Kälte, wie wir sie in diesem Jahre zu verzeichnen haben, erscheint ein Hinweis auf eine zweckmässige Behandlung von Erfrierungen erwünscht. Zwischen Erfrieren und Verbrennen der Haut besteht insofern eine gewisse Ähnlichkeit, als in beiden Fällen die Gefässwände und auch die Gewebszellen verletzt werden, sodass in schweren Fällen die Zellen absterben. Bei derartigen Beschädigungen zeigt sich eine bläulich-rote Färbung der Haut, und wer an Händen, Füssen, an Ohren oder Nase einmal Frost gehabt hat, der weiss, dass bei Temperaturen, die immer noch über Null liegen, sich alljährlich die Froststellen wieder bemerkbar machen. Jeder Druck durch feste Handschuhe oder enges Schuhwerk ist dann sorgfältig zu vermeiden, da sonst die Froststellen leicht aufplatzen und grosse Beschwerden hervorrufen.

Ein sicheres Mittel, das Wiederauftreten von Frostbeulen zu verhindern, gibt es kaum. Immerhin hat man gute Erfolge zu verzeichnen, wenn man während des ganzen Jahres die durch Frost geschädigten Stellen badet. Als Zusätze zu den heissen Bädern verwendet man Eichenrinde, Leim, Soda, Alaun oder Kleie. Man bezweckt dadurch, die schlecht ernährten Gefässwände stärker durchbluten zu lassen und sie so wieder in den normalen Zustand zu bringen. Um die viele Flüssigkeit, die ausgetreten ist und die Haut teigig gemacht hat, zu beseitigen, reibt man die Frostbeulen mit Jodglyzerin ein; auch Tanninsalben und Jodbleisalben helfen gut. Bei diesen Mitteln ist die Wirkung auf die verschiedenen Patienten, wie häufig, ganz verschieden. Es empfiehlt sich daher, das Mittel durch Versuche ausfindig zu machen, das dem Betroffenen am besten zu

helfen scheint. Um sich vor Frost zu schützen, wenn man der Kälte sehr ausgesetzt ist, benutzt man zur Vorbeugung am besten eine Leimglycerinsalbe.

Bei Erfrierungen zweiten Grades muss man wissen, was man sofort im Moment der Feststellung zu tun hat, denn dabei ist immer ärztliche Behandlung erforderlich, schon um zu vermeiden, dass hässliche Narben entstehen. Ausserdem müssen die Verbände hygienisch einwandfrei sein, damit Infektionen vermieden werden. Die besten Erfahrungen bei der Behandlung von Erfrierungen und Erfrorenen haben naturgemäss die Sportärzte im Gebirge. R. Campell (Pontresina), der mit grosse Erfolge Sportler und Landbevölkerung behandelte, weist auf die grosse Bedeutung hin, die der ersten Phase der Wiederbelebung zukommt. Von ihr hängt der ganze Verlauf der Heilung ab. Das im Volke bekannte Mittel, die erfrorenen oder auch nur die geschädigten Glieder mit Schnee einzureiben, ist sehr zweckmässig, denn die erfrorenen Körperteile dürfen nur ganz allmählich erwärmt werden. Allerdings muss es sich um trockenen Schnee handeln, da wässriger Schnee die Wärme der Hautoberfläche durch die Verdunstung noch herabsetzt. Man soll auch nicht etwa erst den Patienten in eine Behausung bringen, sondern an Ort und Stelle, je eher, je besser, die Behandlung beginnen. Die kalte Aussentemperatur schadet nichts. Jeder Zeitverlust kann aber aus einer Erfrierung zweiten Grades eine dritten Grades machen.

Damit nasser Schnee an der Haut nicht zu Eisstückchen, wenn auch noch so kleinen, gefrieren kann, vermeide man es, mit der ungeschützten Hand die Glieder zu reiben. Man ziehe Handschuhe an, selbstverständlich trockene, oder reibe mit einem wollenen Tuch eindringlich, aber nicht zu grob, weil sonst die Gefahr besteht, dass die erfrorenen Teile verletzt, vielleicht sogar gebrochen werden. Am Anschluss an die Reibeprozedur macht man Beuge-, Streck- und andre Bewegungen, indem man einen Kreis beschreibt. Ist der Patient in einer Wohnung angelangt, so lässt man ihn in einem leicht warmen Raum, bringe ihn aber niemals in eine geheizte warme Stube. Die Erwärmung darf nur ganz allmählich vor sich gehen. Die erfrorenen Glieder werden in kaltes Wasser gesteckt (8 bis 16 Grad), und man versucht, den Patienten dazu zu bringen, die Glieder zu bewegen, die auch herzwärts massiert werden dürfen. Wärmende Getränke, etwas Warmes zu essen und auch Wärmflasche heben das Befinden.

Inzwischen wird ja meist auch der hinzugerufene Arzt zur Stelle sein, der weitere Anweisungen gibt. Ihm muss es, wie bereits erwähnt, vorbehalten bleiben, eventuell nötige Verbände anzulegen, da die Gefahr der Infektion nicht nur die Wunde bedroht, sondern auf den ganzen Körper übergehen kann.

Dr Hess.

SPD. Die Barbarei des Feudalismus.^x Den Anhängern des Feudalsystems, die heute wieder einmal eine verstärkte Betriebsamkeit zur Verwirklichung ihres rückschrittlichen Ideals entfalten, hat der bedeutende Geschichtsschreiber und aufrichtige Demokrat Johannes Scherr in seiner Studie "Die Göttin der Verunft" die nachfolgenden treffenden Worte ins Stammbuch geschrieben:

"Die grösste politisch-soziale Tat, zu welcher das Germanentum es gebracht hat, war die Feudalität, also die absolute Barbarei, das infame Kastensystem, das unsere Ahnen aus der indisch-arischen Urheimat mit nach Europa herübergeschleppt haben, - ein Erbübel, das noch heute ekelhaft naheheitert."

Mit dieser historischen Feststellung ist zugleich das arische Rassenprinzip in seiner tiefsten Eigenart gekennzeichnet.

SPD. Freude fehlt nie, wo Arbeit, Ordnung und Treue ist.

Lavater.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, 19. Januar (Eig. Ber.)

Die Schul- und Kultusdebatte wird fortgesetzt.

Abg. Meister (Nat. Soz.) fordert als Grundlagen von Schule und Kultur Deutschland und Christentum. Die Sozialdemokratie habe alles Christliche stets niederträchtig beschimpft. Zum Beweis verliest der Redner das vor vielen Jahren in "Lachen links" erschienene Gedicht von Klabund "Die heiligen drei Könige" unter stürmischen Entrüstungskundgebungen der Nationalsozialisten. Es gibt nur einen Herrgott da droben und nur einen Führer der Deutschen: Adolf Hitler. (Stürmischer Beifall bei den Natsoz.)

Abg. Kerff (Komm.) (Abg. Kube ruft: "Die Fraktion der MSDAP. verlässt den Sitzungssaal") sucht in langen Beweisführungen seine These zu bekräftigen, dass die Schulpolitik der Weimarer Koalition die Auslieferung der Schule an den Faschismus vorbereitet hätte.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.):

Herr Kerff hat das kräftige nationale Bekenntnis Lenins als den Ausdruck kraftvollen Klassenbewusstseins gerühmt. Ganz ähnliche Worte wie Lenin für Russland hat Theodor Leipart unlängst in der Gewerkschaftsschule Bernau für Deutschland gesprochen, aber diese Rede erklärt Herr Kerff für eine Verbeugung vor dem Faschismus. (Heiterkeit b.d. Soz.) Was Herr Kerff hier für die russisch-leninistische Auffassung vom Verhältnis des Nationalen zum Internationalen erklärt hat, ist von jeher Gemeingut des gesamten internationalen Sozialismus gewesen. Herr Kerff hat als einen Beweis für die Faschisierung der deutschen Schule den militärischen Einfluss auf das Volksschulwesen angeführt. Das hätte gerade er nicht tun sollen; denn in Russland ist seit dem 3. Jahre des Fünfjahresplans ein General Leiter des gesamten Schulwesens. (Grosse Heiterkeit, Abg. Kerff ruft: Das ist kein Militarismus, das ist eine proletarische Armee! - Erneute Heiterkeit!) Nach unserer Auffassung hätte Herr Kerff sich in der gegenwärtigen Lage alle seine Angriffe gegen die Sozialdemokratie schenken können: die raktionär-faschistische Gefährdung der deutschen Schule ist so gross, dass jeder ehrliche Klassenkämpfer die Pflicht empfinden müsste, ihr gemeinsam Widerstand zu leisten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Statt dessen diese plumpen Angriffe wider besseres Wissen!

Die Nationalsozialisten behandeln auch die Schulfrage mit bösertigen Geschichtsklitterungen. Nach ihrer primitiven Darstellung hat der böse Jude Löwenstein die weltliche Schule ins Leben gerufen, um das Christentum auszurotten. Aber mit der Entstehung der weltlichen Schulen hat weder Löwenstein noch ein anderer Parteigenosse etwas zu tun; sie sind entstanden aus dem Gefühl klassenbewusster Bergleute, dass in den konfessionellen Schulen von Lehrern nach der Art des Herrn Meister ihre aufgeweckten Kinder nicht richtig erzogen würden. (Sehr wahr! b.d. Soz.) Auch Klabunds Drei-Königs-Gedicht ist kein gutes Material für die nationalsozialistische Judenhetze, denn Klabund (Alfred Hentschke) hat nicht das geringste mit Juden zu tun, und sein Gedicht tastet keinerlei religiöses Gefühl an, sondern ist ein Ulk über die Drei-Königs-Tags-Bettler, ein Stück in West- und Süddeutschland durchaus lebendigen Volkshums. Wenn die Herren Nationalsozialisten wüssten, dass auf diesem Gebiet Klabunds Vorgänger - - Goethe gewesen ist: "Die heiligen drei Könige mit ihrem Stern, die essen und trinken und zahlen nicht gern", würden sie vielleicht etwas anständiger über das Klabund'sche Gedicht geredet haben. Herr Meister hat dann nach altem Nazibrauch gegen Leo Kestenberg gehetzt. Wenn die Nationalsozialisten in ihren Reihen nur einen Mann von so tiefem Empfinden für die musikalischen Genius Deutschland und von so sorgsam pflegerischer Haltung gegenüber der deutschen Volksmusik hätten, könnten sie sich glück schätzen.

Soll eigentlich die Hetze gegen jeden jüdischen Menschen so weiter gehen?! (Zuruf bei den Natsoz.: Das wird in Zukunft noch viel schlimmer!) Dann will ich auf jeden Fall feststellen, dass diese Judenhetze kein "Kampf für christliches Wesen" ist. Nennt doch der Chefredakteur des "Völkischen Beobachters", Reichstagsabgeordneter Rosenberg, in seinem "Mythos des 20. Jahrhunderts" den Papst einen Medizinmann für Neger, den Glauben an die Fürbitte und das Gebet einen afrikanischen Aberglauben und den Rosenkranz eine mittelasiatisch-tibetanische Gebetsmühle. (Hört, hört!) Die Heuchelei, mit der die Nationalsozialisten sich des Christentums annehmen, wird nur übertroffen durch die innere Unehrlichkeit ihres Kampfes für das Deutschtum. Glauben Sie denn wirklich im Ernst, dass wir deutschen Lehrer auf den Nationalsozialismus gewartet haben, um den Kindern unseres Volkes die Liebe zur Heimat beizubringen? Es gäbe doch nur eine Möglichkeit, deutschen Kindern diese Liebe zur Heimat, und wäre es selbst eine Elendsheimat, zu nehmen: nämlich der Versuch, sie mit unehrlicher Hebertreibung in die Kinderseelen hineinzuwürgen. (Sehr gut! b.d. Soz.) Gegenüber der Parole der Reaktion, dass die Schule vor allem Ruhe haben müsse, halten wir an der Auffassung fest, dass nur der ein fruchtbarer Lehrer ist, dem jeder Tag neue Aufgaben stellt, und nur die Schule lebendig, die jeden Tag neue Probleme vor sich sieht. Herr Dr. Haupt hat am Mittwoch gemeint, er habe die Schulfragen nicht nur philologisch, sondern auch politisch behandelt. Der Schuster Haupt sollte ruhig bei seinem Leisten der Philosophie bleiben; um politische etwas namentlich zur Volksschule sagen zu können, fehlt ihm die Kenntnis der arbeitenden Menschen und der Arbeiterbewegung. Die ganze nationalsozialistische Schulpolitik gipfelt in dem einen Bestreben, die deutschen Arbeiter zu verhindern, ihre Jugend so zu erziehen, wie sie es wollen. Aber wir werden der Arbeiterklasse auch dieses Recht erkämpfen. (Lebhafter Beifall b.d. Soz.)

Abg. Oelze (Dn.) führt Beschwerde darüber, dass Reichskommissar Kähler keine Schulfeiern zum 18. Januar angeordnet hätte. Die neue Organisation der Provinzialschulkollegien sei kein Fortschritt, sondern eine Verschlimmerung aller bisherigen Fehler. Der Fall Cohn-Breslau sei dadurch entstanden, dass Grimme die Fakultät gezwungen habe, den Mann an erster Stelle vorzuschlagen. (Minister Dr. Grimme: Ich hatte garnicht den Vorzug, Professor Cohn zu kennen; die Behauptung ist eine völlig freie Erfindung!) Jedenfalls hätten die Deutschnationalen dieselben völkischen Grundsätze wie die Nationalsozialisten. (Heiterkeit und lärmender Widerspruch bei den Natsoz.) Das angebliche Flugblatt, in dem der Centralverein zur Wahl der deutschnationalen Listen auffordere, sei eine in München gefertigte Fälschung.

Abg. Wecker (Köln) (Komm): Auch die bourgeoise Kultur ist Fäulnis und Untergang in die Barbarei. Nur Sowjetrussland ist Leben und Aufstieg. - Abg. Frau von Kulesza (DVP.) tritt für die Grenzlandschulen ein.

Abg. Rickers (Soz.):

Wir haben den Antrag gestellt und im Unterrichtsausschuss auch durchgesetzt, dass der Reichskommissar seinen Erlass über die Einsichtnahme in den Religionsunterricht nicht durchführen solle, ehe nicht neue Verhandlungen zwischen Staat, Kirche, Lehrerschaft und Elternschaft stattgefunden hätten. Es wäre nämlich garnicht schwierig, auf diesem Gebiet zu einer vernünftigen Basis der Einigung zu kommen. Statt dessen hat der Reichskommissar der Lehrerschaft unter Drohungen den Kampf gegen seinen Erlass zu verbieten versucht. Aber die deutsche Lehrerschaft lässt sich das Recht auf sachliche Kritik in dieser Frage umso weniger nehmen, als sie hier nicht für ihre Interessen als Berufsstand, sondern als Sachwalter ihres Werkes, der Schule, kämpft. (Sehr gut! b.d. Soz.) Die Aufopferung, mit der die Deutschnationalen sich für alle Pläne der Schul-

reaktion einsetzen, hat insofern etwas Heroisches, als dabei ihre Partei dahinschmilzt, wie Butter an der Sonne. (Heiterkeit!) Alle Kulturreaktion draapiert sich heute christlich; aber das Christentum ist ein viel zu gutes Tuch, als dass man daraus Schleier und Mäntel für die Reaktion schneiden dürfte. Der moderne Staat kann garnicht anders, als allen Weltanschauungen gleiche Entwicklungsmöglichkeit geben. Eine christliche Weltanschauung, die sich durch die Tat bewährt, wirbt durch sich selbst und bedarf keiner Hilfe durch Polizei und Reichskommissare. (Sehr gut! b.d. Soz.) Umgekehrt wird Märtyrertum auch das beste Agitationsmittel für die Freidenker sein. Die Sozialdemokratie wird stets das Recht der Erziehungsberechtigten, auch das Recht der Minderheiten gewährleisten und alle Forderungen nach Zwang und Ausnahmerechten auf weltanschaulichem Gebiet bekämpfen. (Sehr gut! b.d. Soz.) Sie wird die Pädagogischen Akademien als einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiet der Lehrerbildung verteidigen und sich mit aller Kraft dagegen stemmen, dass sie zum Verschwinden gebracht werden. Sie wird alle weiteren Sparmassnahmen auf dem Gebiet der Berufsschule, die sie ganz besonders gepflegt und ausgebaut hat, bekämpfen, weil sie einen finanziellen Ertrag nicht mehr bringen, aber Jugend und Berufsschule schwer schädigen. Die Sozialdemokratie lehnt insbesondere die Beschränkung der Berufsschule auf die Grenze des 18. Lebensjahres ab. In meiner schleswig-holsteinischen Heimat haben wir die neunjährige Volksschule durchgeführt, und deshalb haben z.B. die Handwerkskammern in Flensburg und Altona die Ausdehnung der Berufsschulpflicht über das 18. Lebensjahr beschlossen. Wir wollen uns hier nicht zurückdrängen lassen. Bei den starken Jahrgängen, die jetzt neu eingeschult werden, verlangen wir gegenüber den 11 000 unversorgten Junglehrern endlich statt schöner Worte entscheidende Taten. (Beifall bei d. Soz.)

Abg. Frau Weinand (Ztr.): Oberster Wert der Schule ist für uns das christliche Erziehungsideal. Dieses umschliesst die Pflege der Völkerversöhnung und grenzt uns damit unvereinbar vom dem nationalsozialistischen Schulideal ab. Wir wünschen das deutsche Gefühl so stark wie möglich; aber planmässige Verhetzung gegen andere Völker wäre wiederum unchristlich. - Damit schliesst die Debatte.

In der Abstimmung wird der nationalsozialistische Antrag auf Verbot und Auflösung der weltlichen Schulen mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Kommunisten gegen Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt. Ebenso in namentlicher Abstimmung mit 187 gegen 155 Stimmen der Antrag der Nationalsozialisten, den Rektor der Frankfurter Universität zu zwingen, im Universitätsgebäude Naziuniformen zuzulassen.

Gegen die Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen beschliesst der Landtag, die Regierung aufzufordern, in die evangelischen und simultanen Pädagogischen Akademien zu Ostern auch weibliche Studierende aufzunehmen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Auf Antrag Drügemüller (Soz.) wird ein sozialdemokratischer Antrag, dass die Regierung den Städten die Mittel zur Verfügung stellen solle, mit deren Hilfe sie die bereits zugesagten Hauszinssteuerhypothesen auch geben könnten, dem Wohnungsausschuss überwiesen. Ebenso ein weiterer sozialdemokratischer Antrag auf Entschädigung arbeitsloser Schöffen und Geschworener.

Nächste Sitzung voraussichtlich Mittwoch, den 15. Februar.